



# DIE DRESDNER UNION

Journal der CDU Dresden  
[www.cdu-dresden.de](http://www.cdu-dresden.de)

Rückblick  
47. Kreisparteitag

Seiten 4-5

Vor-und Rückblick  
der Oberbürgermeisterin

Seiten 6-7

Dialogreihe der  
Landtagsabgeordneten

Seite 11



## Markus Ulbig Dresden miteinander



DIE DRESDNER UNION

# Bürgerbegehren-Unterstützerunterschriften – Helfen Sie mit!

Sehr geehrte Damen und Herren,

unsere beiden Bürgerbegehren für eine Sanierung der Königsbrücker Straße und die Wiedereinführung der von der rot-rot-grünen Stadtratsmehrheit verbotenen vier stadtweiten verkaufsoffenen Sonntage haben Fahrt aufgenommen. Seit zwei Wochen sammeln wir Unterschriften und täglich wächst die Zahl der Unterstützer. Doch wir wollen noch mehr Gas geben. Deshalb bitte ich Sie mitzutun, damit die benötigten Unterschriften für die Durchführung eines Bürgerentscheides zusammenkommen.

Um Ihnen das Mitmachen zu erleichtern, bekommen Sie mit diesem CDU-Mitgliedermagazin auch Unterschriftenlisten. Wir bitten Sie, sich selbst in beide Listen einzutragen (sofern Sie es an anderer Stelle noch nicht getan haben) und in Ihrer Familie und Ihrer Nachbarschaft, bei Freunden und Kollegen um weitere Unterschriften zu werben, damit die Dresdner am 7. Juni über einen neuen Oberbürgermeister, die

Sanierung der Königsbrücker Straße und die Wiedereinführung der Einkaufssonntage entscheiden können.

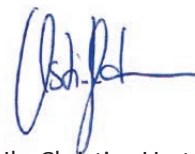
Sollten Sie mehr Listen benötigen, so schicken wir Ihnen diese gern. Sie können sich im Internet auch selbst Listen ausdrucken: zum Sonntagseinkauf unter:

**www.vier-fuer-dresden.de** und zur Königsbrücker unter **www.koenigsbruecker-jetzt.de**. Selbstverständlich ist es auch möglich, sich Mehrexemplare einfach zu kopieren. Aber auch wenn Sie nicht noch mehr Unterschriften sammeln können, wir freuen uns über jede zurückgesandte Liste und wenn sie nur Ihre eigene Unterschrift trägt. Denn jede Stimme zählt! Wichtig: Bitte schicken Sie uns die Listen so schnell wie möglich im Original zurück! Unser erstes Etappenziel für das Sammeln der Unterschriften ist der **10. März 2015**.

Gern können Sie auch einen unserer Infostände durch Ihre Präsenz verstärken. Die

Termine finden Sie ebenfalls im Internet oder Sie rufen einfach unser Team unter Telefon 65 57 65-50 an oder senden uns eine E-Mail an [info@buergerstimme-dresden.de](mailto:info@buergerstimme-dresden.de). Das gilt auch für den Fall, dass Sie Vorschläge für neue Auslagestellen und Sammelpunkte oder andere Hinweise haben.

**Auf geht's! Alle reden von mehr Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie. Wir handeln!** Bitte helfen Sie mit!



Ihr Christian Hartmann

Bürgerstimme Dresden e.V.

Radeberger Straße 51, 01099 Dresden

Telefon: 0351 – 655 76 550

E-Mail: [info@buergerstimme-dresden.de](mailto:info@buergerstimme-dresden.de)

Web: [www.buergerstimme-dresden.de](http://www.buergerstimme-dresden.de)





# Liebe Mitglieder und Freunde der Dresdner Union,

Christian Hartmann MdL,  
Vorsitzender CDU Dresden



Ich freue mich, dass Sie heute die neue Ausgabe unserer Mitgliederzeitung mit zahlreichen interessanten und vielfältigen Beiträgen erhalten können. Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen und hoffe, dass die Zeitung viele Impulse für die Diskussion in unserem Kreisverband gibt.

Den Schwerpunkt unserer Arbeit in den kommenden Wochen und Monaten wird sicher der Oberbürgermeister-Wahlkampf sein. Nach vielen Jahren in denen unsere Oberbürgermeisterin Helma Orosz die Entwicklung Dresdens voranbrachte, wird nun am 7. Juni ein neues Stadtoberhaupt gewählt. Unser gemeinsames Ziel ist es dabei, dass Markus Ulbig zukünftig als Oberbürgermeister die Geschicke der Stadt lenkt.

Dazu wollen wir vor Ort mit den Bürgern ins Gespräch kommen. Die geplante Markus-Ulbig Tour, bei der wir mit einem mobilen Büro viele Standorte in den einzelnen Stadtteilen besuchen, ist ein Angebot an die Dresdnerinnen und Dresdner über ihre Anliegen in den Dialog zu treten und ein wesentlicher Baustein unseres Wahlkampfes. Darüber hinaus wollen wir mit unserem Kandidaten gemeinsam die Stadt mit dem

Fahrrad erkunden und dabei auf die vielfältigen großen und kleinen Herausforderungen hinweisen. Als Treffpunkt für die Touren wird dabei das mobile Büro dienen. Wir möchten zudem alle Mitglieder ermuntern, sich mit ihren Anregungen aktiv und engagiert in den Wahlkampf einzubringen. Ihre Ideen sind gefragt!

Es gilt, die erfolgreiche Entwicklung unserer Stadt der letzten 25 Jahren auch in Zukunft fortzusetzen. Aus unserer Sicht ist das nur mit einem CDU-Oberbürgermeister Markus Ulbig möglich.

Neben dem Oberbürgermeister-Wahlkampf sind wir aktiv dabei, sowohl mit dem Bürgerbegehren zur Königsbrücker Straße, als auch jenem zu den verkaufsoffenen Sonntagen, die Möglichkeit zu schaffen, dass die Dresdnerinnen und Dresdner selbst über diese Fragen entscheiden können.

Aus unserer Sicht ist es wichtig, eine zentrale Verkehrsachse zwischen den Industrieansiedlungen beziehungsweise dem Flughafen im Dresdner Norden und der Stadt nunmehr schnellstmöglich zu bauen. Zudem engagieren wir uns, dass für den Tourismusstandort und die besondere Rolle Dresdens als Oberzentrum für die Region, die bis zum letzten Jahr möglichen vier verkaufsoffenen Sonntage zu besonderen Anlässen auch in Zukunft stattfinden.

Die CDU wird auch in den kommenden Monaten eine wichtige Stimme im politischen Diskurs unserer Stadt sein. Dazu werden wir gemeinsam mit der Stadtratsfraktion klare Positionen und Vorschläge für die weitere Gestaltung unserer Stadt erarbeiten und auf den Weg bringen; zugleich werden wir auf den mangelnden Gestaltungswillen der Stadtratsmehrheit hinweisen.

Schwerpunkte unserer gemeinsamen Arbeit bilden dabei – neben der Stärkung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der Unterstützung für Wohnbauvorhaben – vor allem auch die infrastrukturellen Herausforderungen in den Wohngebieten.

Auf diesem Weg ist die aktive Mitwirkung unserer Mitglieder mit eigenen Vorschlägen und Ideen ein wichtiger und gefragter Baustein. Ich freue mich auf ein gemeinsames engagiertes politisches Arbeiten und einen guten Wahlkampf in den nächsten Monaten sowie auf viele interessante und anregende Gespräche und Aktionen.

Ihr Christian Hartmann



## Wir sind umgezogen!

Haus an der Kreuzkirche, An der Kreuzkirche 6, 01067 Dresden

**CDU-Kreisgeschäftsstelle:** Linker Aufgang, 3. Etage  
**Andreas Lämmel MdB:** Rechter Aufgang, 1. Etage  
**Arnold Vaatz MdB:** Rechter Aufgang, 5. Etage

**Herausgeber:**  
CDU-Kreisverband Dresden  
An der Kreuzkirche 6, 01067 Dresden  
tel.: 0351 82966-22  
fax: 0351 82966-25  
e-mail: buero@cdu-dresden.de  
web: www.cdu-dresden.de

**Bankverbindung:**  
Ostsächsische Sparkasse Dresden  
Kto-Nr.: 3 120 240 388  
BLZ: 850 503 00

**Redaktion:**  
Dietmar Haßler, Patrick Schreiber MdL,  
Sandra Pohle, Carla Zschoppe,  
Dr. Martin Kuhrau, Marcel Duparré  
**Druck:**  
Union Druckerei GmbH  
Prießnitzstraße 39, 01099 Dresden  
tel.: 0351 80002-0  
fax: 0351 80002-28

**Satz und Gestaltung:**  
Z&Z Werbeagentur  
Micktner Straße 20, 01139 Dresden  
tel.: 0351 85881-37  
fax: 0351 85881-84  
e-mail: design@zzagentur.de  
web: www.zzagetur.de

Für den Inhalt der einzelnen Artikel sind die jeweils benannten Autoren verantwortlich.  
Die Inhalte der Artikel spiegeln nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.

**Auszug Media Daten:**  
Text ohne Bilder  
1 Seite: max. 4800 Zeichen inkl. Leerzeichen  
1/2 Seite: max. 2000 Zeichen inkl. LZ  
Text mit Bildern  
1 Seite: max. 3200-4300 Zeichen inkl. LZ (je nach Bildern)  
1/2 Seite: max. 1550-1900 Zeichen inkl. LZ (1-2 Bilder)

Titelbild:

Die »DRESDNER UNION« erscheint wieder im April 2015.  
**Redaktionsschluss** für die nächste Ausgabe ist am **10.03.2015**.

# Markus Ulbig mit breiter Unterstützung als Oberbürgermeisterkandidat der CDU Dresden nominiert

## Dialog als Markenzeichen

Regina Walz und Sandra Pohle

Der Vorsitzende des CDU-Kreisverbandes Dresden, Christian Hartmann MdL, begrüßte knapp 200 Mitglieder und Gäste zum 47. Kreisparteitag zur Nominierung des Kandidaten für die Oberbürgermeisterwahl im Jahr 2015 in der Akademie der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung in Klotzsche. Für den gelungenen musikalischen Auftakt sorgte die BigBand50plus Dresden.

Der sächsische **Ministerpräsident Stanislaw Tillich** war ebenfalls Gast auf dem Parteitag und begann sein Grußwort mit der Feststellung, dass er auf dem Weg zum Tagungsort über die Königsbrücker Straße gekommen sei und er das anstehende Bürgerbegehren unterstütze. Dann nutzte er die Gelegenheit, um Helma Orosz seinen herzlichen Dank für die Arbeit der vergangenen Jahre auszusprechen. Sie habe der Stadt in den zurückliegenden Jahren ein Gesicht gegeben und die Stadt in ihrer Amtszeit geprägt. „Dresden boomt“ stehe für ihre Amtszeit, in Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und auch bei der Geburtenentwicklung in der Stadt. Welche deutsche Großstadt könne heute Kulturprojekte wie den

Umbau des Kulturpalastes und des Kraftwerkes Mitte vorweisen.

Jetzt gehe es darum, die Erfolge von Helma Orosz fortzusetzen. Tillich ist froh, dass Markus Ulbig MdL für das Amt des Oberbürgermeisters zur Verfügung stehe und bezeichnete ihn als anerkannt und nicht konfliktscheu. Er sei deshalb der beste Kandidat als Oberbürgermeister für Dresden. Die CDU wolle in der Großstadt mit einer starken und geschlossenen Unterstützung für den Kandidaten wieder die Wahl gewinnen. Zum Schluss rief der CDU-Landesvorsitzende alle Mitglieder der Dresdner CDU mit den Worten „ich zähle auf Sie“ zu einem engagierten Wahlkampf auf.

Auch **Oberbürgermeister a.D. Dr. Herbert Wagner** stand für ein Grußwort zur Verfügung. Dabei blickte er vor allem auf die Nachwendezeit in Dresden zurück und betonte die hervorragende Entwicklung der Stadt. Heute prosperieren Wirtschaft und Wissenschaft. Mit Oberbürgermeisterin Helma Orosz sei Dresden weiter nach vorn gerückt und die letzten 25 Jahre eine Erfolgsgeschichte. Dr. Wagner warnte aber

auch: Es gäbe neue Gefahren, ideologisch besetzte Vorurteile und vor allem hören die Menschen einander nicht zu. Daran dürfe sich die CDU nicht beteiligen, sondern sie solle integrierend wirken. Bei Markus Ulbig MdL sehe er das richtige Amtsverständnis, insbesondere aus seinen Erfahrungen als Oberbürgermeister in Pirna und als Staatsminister für die Kommunen. Er sei davon überzeugt, dass der Kandidat für Dresden ein guter Oberbürgermeister und sein Amt als Dienst verstehen werde. Auch Dr. Wagner wünschte dem Kandidaten Markus Ulbig MdL alles Gute auf seinem Weg und viel Erfolg.

Nach einem herzlichen Gruß an die Teilnehmer und Gäste des Parteitages nahm **Oberbürgermeisterin Helma Orosz** die Gelegenheit wahr, sich noch einmal in ganz großer Runde zu bedanken für die mentale und aktive Unterstützung in den zurückliegenden Jahren. Sie sei davon überzeugt, dass Dresden eine bemerkenswerte Entwicklung genommen und ein deutlich positives Saldo bei Zuwanderung und Geburten zu verzeichnen habe. In den formulierten Zielen in Wissenschaft und Bildung sei Dresden gut vorangekommen. Dresden sei derzeit die einzige CDU-geführte Großstadt und könne auf eine moderne und erfolgreiche Großstadtpolitik verweisen. Dieser Maßstab gelte auch für die kommenden Jahre, weshalb es wichtig sei, den Bürgern mit Beispielen den klaren Unterschied zu den anderen Parteien deutlich zu machen, insbesondere was die Ausgabementalität der linken Ratsmehrheit angehe. Helma Orosz ist insbesondere auch für die Kandidatur-Zusage von Markus Ulbig MdL dankbar, den sie seit 15 Jahren als guten Kollegen schätze. Dieser OB-Kandidat sei „spitze“ und für Dresden 1. Wahl. Unter Hinweis auf die Demonstrationen von PEGIDA in den letzten Wochen resümiert die Oberbürger-





meisterin, was sie in ihrer Amtszeit leider nicht mehr geschafft habe. Umso mehr danke sie der Landeszentrale für politische Bildung und deren Leiter, Herrn Richter sowie für die gute Zusammenarbeit zwischen dem Freistaat und der Stadt. An dieser guten Entwicklung festzuhalten, den Menschen zuzuhören, Dinge zu erklären und dabei jeden mitzunehmen, sei ihr ein wichtiges Anliegen. Helma Orosz bittet um diese gemeinsame Kraftanstrengung, jeder nach seinen Möglichkeiten, und um Diskussion in den Ortsverbänden wo sie sich auf Einladung und bei Bedarf gern einbringen würde.

**Markus Ulbig** begann seine Bewerbungsrede mit der Feststellung, dass ihn in den letzten Wochen das „Phänomen PEGIDA“ sehr beschäftigt habe. Dabei musste er feststellen, wie viele sehr schnell mit ihrem Urteil waren und dass sich andere zu Unrecht getroffen fühlten: „Die Welt sprach über uns, aber nicht mit uns“. Markus Ulbig MdL dankte Frank Richter von der Landeszentrale für politische Bildung, der als erster mutig zum Dialog eingeladen habe. Dem folgten die beiden Dialogforen der Sächsischen Staatsregierung. Was die Menschen heute wirklich bewege, sei nur im Dialog zu besprechen, zu lösen und miteinander zu gestalten.

Jetzt gehe es darum, das Wachstum zu stärken. Dresden brauche wieder frischen Wind in der Wirtschaftsförderung: „Eine florierende Wirtschaft ist erste Priorität für den Lebenswert Dresdens. Die städtische Wirtschaftsförderung braucht frischen Wind und neue Ideen!“, so Ulbig.

Wissenschaft/Forschungspotenzial -> Wirtschaft -> Arbeit -> Leben seien die Zusam-



menhänge für eine erfolgreiche CDU-Politik. Den Themen Wirtschaft, Wohnen/Wohnungsbau, Verkehrsinfrastruktur/Verkehrsanbindung, schnelles Internet, familienfreundlichste Stadt Deutschlands, u.a. wolle er sich widmen. Aber auch den kulturellen Aspekt wird er als Oberbürgermeister nicht vernachlässigen: "Dresden bleibt eine Stadt der Kunst und Kultur. Wir brauchen das Kulturkraftwerk und müssen auch neue Akzente, bspw. eine Ausstellung für Kunst der jüngeren Schaffensperiode im Japanischen Palais, setzen. Ich unterstütze den Vorschlag des Stadtrates und von Helma Orosz für eine Bewerbung Dresdens als europäische Kulturhauptstadt 2025. In diesem Zusammenhang ist es auch richtig, in Dresden ein Büro zur Förderung der sächsischen UNESCO-Welterbestätten einzurichten. Das soll auch die Bewerbung der Gartenstadt Hellerau unterstützen."

Der Dialog miteinander soll sein Markenzeichen sein: „Ich möchte Oberbürgermeister aller Dresdner, ein Oberbürgermeister des

Miteinanders sein und werde auch in Zukunft keinem Gespräch aus dem Weg gehen."

Die Nominierung erfolgte mit einem klaren Ergebnis: Auf den Bewerber Markus Ulbig MdL entfielen 152 Ja-Stimmen (94,41 %).

Abgegebene Stimmen:	163
ungültige Stimmen:	0
Enthaltungen:	2
gültige Stimmen:	161
erforderliche Mehrheit:	81

Markus Ulbig MdL nahm die Wahl unter Beifall mit einem deutlichen „Ja“ an, dankte für das großartige Ergebnis und versicherte, dass er bereit sei, als OB-Kandidat zu kämpfen. Gleichzeitig wünschte er sich, dass die Partei in den nächsten Monaten ebenso zusammensteht.

Jetzt kommt es darauf an, gemeinsam anzupacken und die Schwerpunkte für das Wahlprogramm zu formulieren.



# Neue Herausforderungen – ein nach vorne gewandter Rückblick

*Oberbürgermeisterin Helma Orosz*



Bald wird ein neuer Lebensabschnitt beginnen, in dem ich mich neuen Herausforderungen stelle.

Erlauben Sie mir deshalb, gemeinsam mit Ihnen zurück und nach vorn zu blicken.

Politisch bin ich von Erfahrungen geprägt, die ich in der DDR und seit 1989 im wiedervereinigten Deutschland erlebe. Wie Sie wissen, wurde ich am 11. Mai 1953 in Görlitz geboren und trat 1972 in den öffentlichen Dienst ein. Zuvor erlernte ich einen der schönsten Berufe der Welt – den der Krippenerzieherin.

Nach der friedlichen Revolution wurde ich gebeten, 1990 als parteiunabhängige Kandidatin in Weißwasser für ein Amt zu kandidieren. Erfolgreich wurde ich zur „Gesundheits- und Sozialdezernentin“ des gleichnamigen Landkreises gewählt. Gerade in den frühen 1990er Jahren war es unsere gemeinsame Aufgabe, die Staatlichkeit, wie wir sie heute kennen, aufzubauen. Viele von Ihnen werden sich sicher daran zurück erinnern; Aufbruch, Freiheit und Neuland waren in aller Munde. Viele Probleme der Region konnten vor Ort gelöst werden aufgrund fehlender adäquater Gesetzgebung. Beispielsweise die Überführung und Veränderung der Polikliniken in Krankenhäuser und einzelne Arztpraxen. Überregionale Unterstützung fanden Kommunen bei den engagierten Europa- und Bundestagsabgeordneten, insbesondere unserem heutigen Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich sowie Ulrich Klinkert.

Ab dem Jahr 2000 fand ich meine Parteiheimat ganz offiziell in unserer Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU). Wenig später kam die Frage auf, ob

ich als Oberbürgermeisterin Weißwassers kandidieren wolle. Nach kurzer Bedenkzeit stimmte ich zu. Durch die Bürgerinnen und Bürger wurde ich 2001 gewählt und folgte Dieter Löbner nach. Trotz aller Aufbruchstimmung, die auch 2001 noch zu spüren war, stand ich vor sehr großen Herausforderungen. Die Arbeitslosigkeit war bei etwa 20 %, erheblicher Wegzug – die Stadt schrumpfte, einzig merklicher Zuzug stellte die Gruppe der Spätaussiedler dar. Vor der Wende lebten in Weißwasser mehr als 38.000 Menschen, 2001 keine 25.000, im Jahr 2004 noch etwa 22.000, heute knapp 17.000. Neue Wege galt es zu finden. Investitionen nach Weißwasser zu holen oder Netzwerke wie die Powerfrauen aufzubauen.

Überraschend wurde ich im Jahr 2003 aus einer Dienstberatung geholt, unser damaliger Ministerpräsident Georg Milbradt wollte mich sprechen. Er stellte mir die Frage, ob ich das Sozialministerium übernehmen wolle. Das musste ich mir gut überlegen, schließlich wollte ich für Weißwasser und die Region noch viel erreichen und war gerade einmal zwei Jahre im Amt. Ich stimmte zu, jedoch nur, wenn eine modernere Familienpolitik – damals kein Renner in unserer Union – zugelassen wird. Ich erhielt die Chance und wurde 2003 zur Staatsministerin für Soziales ernannt und gehörte zwischen 2004 und 2008 dem sächsischen Landtag an.

So prägte ich bis 2008 die Gesundheits- und Sozialpolitik entscheidend mit. Unter meiner Führung erarbeitete das Sozialministerium einen landesweiten Bildungsplan für die Kindertagesstätten, legte dem Landtag das Nichtraucherschutzgesetz vor – welches auch innerhalb unserer Mehrheit nicht einfach durchsetzbar war – und setzte einen neuen Schwerpunkt in der Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit Fach- und Hausärzten, insbesondere im

ländlichen Raum. In zahlreichen Verhandlungen setzte ich Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in Kita, Schule und Hort durch. Gemeinsam mit unserem damaligen Innenminister Albrecht Buttolo gelang es, neue Wohnformen – Mehrgenerationenhäuser oder Wohngemeinschaften – für ältere Menschen zu unterstützen. Noch heute profitieren Kinder von der damals eingeführten Schulübergangsphase, in der sich Schule und Kita mit den Eltern über die Kinder austauschen, um diese besser auf die Schule vorzubereiten.

2008 wurde mir die Frage gestellt, ob ich das Rathaus in Dresden für unsere Union zurück erobern möchte. Gern nahm ich diese Herausforderung an. Die Bürgerinnen und Bürger sprachen mir mit mehr als 64 % ihr deutliches Vertrauen aus. Nur so konnte ich „ein neues Kapitel für Dresden“ aufschlagen. Schnell orientierte ich mich an neun strategischen Zielen, die – so hoffe ich – auch künftig die Stadtverwaltung prägen werden. Mein Weg führte mich über ein Gebiet mit zahlreichen zu lösenden Problemen, beispielsweise endeten manche Wege am Fluss. Ich traf auf ein gespaltenes Dresden. Brücken galt es zu bauen, nicht nur am Waldschlößchen, sondern insbesondere zwischen Gegnern und Befürwortern. Ich schaffte es mit Unterstützung der AG 13. Februar dem Gedanken an die Zerstörung Dresdens seine Würde zurück zu geben und Dresden aus den Klauen der Extremisten zu entreißen. Versprechen gehalten – in jeder Hinsicht. Der Kulturpalast wird umgebaut – Philharmonie, Herkuleskeule und Stadtbibliothek werden ihm neues Leben einhauchen. Das Kraftwerk Mitte entsteht, eine neue Heimat für Theater Junge Generation und Staatsoperette wird geschaffen und mehr als eine Milliarde Euro (+1000! Millionen) für Schulen, Sporthallen und Kindergärten investiert. Dresden wächst!

In meiner Amtszeit sank die Arbeitslosigkeit Dresdens merklich (ca. 8 %). Aber viel wichtiger ist, dass die Anzahl der sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze trotz Wirtschafts- und Finanzkrise in Dresden gestiegen ist. Wahrlich Dresden entwickelte sich zur Hauptstadt der Hauptstädte. Ein wichtiger Schritt zur Versöhnung mit der UNESCO war die Auszeichnung als Stadt der nachhaltigen Entwicklung im Jahr 2012. Schon bald werden

mehr als 550.000 Menschen hier ihre Heimat finden, denn sie werden Dresden fühlen und erleben. Die Stiftung Kunst und Musik sowie die Ostrale helfen dabei, Dresdens Barock in die Neuzeit zu überführen. Es gilt europäische Kulturhauptstadt 2025 zu werden.

Für mich endet einerseits der Weg in öffentlichen Ämtern schweren Herzens mit Ablauf des 31. März 2015. Meine jahrzehntelange Arbeit für die Bürgerschaft, oft

bis spät in die Nacht, fordern ihren Tribut. Meine Gesundheit erlaubt kein Weitermachen. Gezwungenermaßen werde ich von unserem Innenminister Markus Ulbig in den Ruhestand versetzt, der mit unserer Hilfe mein würdiger Nachfolger werden wird. Ihm, Ihnen und ganz Dresden werde ich auch künftig zur Seite stehen, mich zu Wort melden und einbringen. Schließlich stehen wir gemeinsam als eine Union für unserer Stadt. ■

## Wir gratulieren zum Geburtstag im Februar und März

### zum 93.

Frau Jutta Schepitz 23.03. OV Dresdner Süden

### zum 92.

Frau Ruth Ehrhardt 10.02. OV Dresdner Westen

### zum 90.

Herrn Rudolf Schur 02.03. OV Neustadt

### zum 87.

Herrn Fritz Rick 29.02. OV Gruna/Seidnitz

### zum 86.

Herrn Hans Augsburg 12.02. OV Dresdner Süden  
Herrn Walter Tempel 06.03. OV Dresdner Westen

### zum 84.

Herrn Rudolf Werner 12.02. OV Dresdner Süden  
Herrn Werner Grieger 30.03. OV Dresdner Norden

### zum 83.

Herrn Günter Mehlig 02.03. OV Dresdner Westen  
Herrn Herbert Weimert 31.03. OV Altstadt/Großer Garten

### zum 82.

Frau Veronika Reißmann 22.02. OV Loschwitz/Weißer Hirsch

### zum 81.

Herrn Rolf Thieme 19.02. OV Blasewitz/Striesen  
Herrn Prof. Dr. Ralf Köpsel 14.03. OV Blasewitz/Striesen  
Frau Regina Kwauka 20.03. OV Blasewitz/Striesen

### zum 75.

Herrn Dr. Claus Peter Geier 16.02. OV Dresdner Südosten  
Herrn Christian Philipp 22.02. OV Dresdner Südosten  
Frau Gisela Lehmann 26.02. OV Neustadt  
Herrn Dieter Georgi 29.03. OV Blasewitz/Striesen

### zum 70.

Frau Jutta Littmann 01.02. OV Loschwitz/Weißer Hirsch  
Herrn Heinz-Dietmar Stelzer 17.02. OV Dresdner Südosten  
Herrn Prof. Dr. Martin Gillo 23.03. OV Altstadt/Großer Garten  
Frau Dagmar Tasche 26.03. OV Gruna/Seidnitz

### zum 65.

Herrn Dr. Georg Böhme-Korn 04.02. OV Dresdner Südosten  
Herrn Dr. Michael Elgner 07.02. OV Dresdner Süden  
Herrn Dr. Helfried Reuther 16.03. OV Gruna/Seidnitz

### zum 60.

Herrn Siegfried Reiprich 15.02. OV Dresdner Süden  
Herrn Jörg Dreier 19.03. OV Dresdner Süden  
Frau Uta Poller 23.03. OV Loschwitz/Weißer Hirsch

### zum 55.

Herrn Claus Ludwig Meyer-Wyk 01.02. OV Blasewitz/Striesen  
Herrn Dr. Karsten Rönner 06.03. OV Loschwitz/Weißer Hirsch  
Herrn Stefan Rother 14.03. OV Zschachwitz  
Herrn Dieter Bertsch 16.03. OV Loschwitz/Weißer Hirsch  
Herrn Joachim Stübner 23.03. OV Altstadt/Großer Garten

### zum 50.

Frau Christine Sablotny 02.03. OV Dresdner Süden  
Herrn Ulrich Atzberger 07.03. OV Neustadt  
Frau Caroline Werner 19.03. OV Dresdner Süden



## Arnold Vaatz übergibt medizinische Hilfsmittel für Ukraine

Arnold Vaatz MdB



Am Rande des gestrigen Neujahrsempfangs durch den Oberbürgermeister der Stadt Radeberg übergab der Bundestagsabgeordnete Arnold Vaatz medizinische Hilfsmittel an den ukrainischen Militärarzt Dr. Vasil Stepanowitsch Molotkowski vom 4. Bataillon der Nationalgarde aus der Region Ivano-Frankivsk, zu der auch Radebergs Partnerstadt Halytsch gehört.

Die Situation in der Region ist dramatisch. Über 5.000 Menschen sind gestorben; die Dunkelziffer ist aber noch viel höher. Dringend wird medizinisches Material benötigt und aus diesem Grund sind wir an verschiedene Krankenhäuser in Sachsen herangetreten, mit der Bitte, zu helfen. Das Echo war überwältigend und von Leipzig bis Bautzen sind medizinische Einrichtungen in Sachsen unserem Aufruf gefolgt, so Arnold Vaatz bei der Übergabe am Sonntag. Konkret gespendet hatten die Oberlausitzkliniken gGmbH in Bautzen, das Universitätsklinikum Leipzig, das Krankenhaus St. Joseph-Stift Dresden, die Asklepios ASB Klinik Radeberg, das Malteser Krankenhaus St. Johannes in Kamenz sowie das Alten- und Pflegeheim Radeberg mit Waren im Wert von über 3.000 Euro. Das medizinische Material kommt di-

rekt dahin, wo die Menschen es brauchen, so Dr. Stepanowitsch in seiner Erwiderung. Aber nicht nur medizinische Hilfsmittel wurden gestern übergaben, sondern auch Spielzeugen – vor allem für Waisenkinder aus Halytsch. Der in Radeberg zu Gast weilende Halytscher Bürgermeister Orest Tratschik nahm die Sachen zusammen mit Stadtrat Wolodonir Tschuiko und Kreisrat Wolodimir Magal zum Transport in die Ukraine in Empfang. Im Rahmen des hauseigenen Projektes des Teams um Arnold Vaatz "Kinder helfen Kindern" werden diese Sachen sehr schnell neue Eigentümer finden. Immer wieder wurde in den gestrigen Reden dem Glauben und der Hoffnung Ausdruck verliehen, dass die militärischen Auseinandersetzungen zwischen der Ukraine und Russland noch in diesem Jahr zu Ende gehen. ■

## Arnold Vaatz diskutierte in der SLpB zu Pegida

Michael Heidrich  
Referent Büro Arnold Vaatz MdB

Am 3. Februar hatte die Landeszentrale für politische Bildung (SLpB) zum Thema „Politik(er) erwünscht!“ geladen. Zunächst fasste SLpB-Chef Frank Richter die Ergebnisse der letzten beiden Veranstaltungen zu Pegida zusammen und gab dann den Vertretern der Fraktion des Sächsischen Landtages, dem Vertreter des Bündnisses „Dresden für alle“ und dem Bundestagsabgeordneten Jens Spahn, Präsidiumsmitglied der CDU, das Wort. Danach wurde die Runde für das gesamte Publikum nach der Fischbowl-Methode geöffnet, das heißt, jeder hatte die Chance am zentralen Vierertisch für maximal 3 Minuten mitzudiskutieren.

Arnold Vaatz nutzte die Gelegenheit, vor Anhängern und Gegnern von Pegida Stellung zu beziehen. Er habe sich niemals an dem Beschimpfungswettbewerb gegenüber Pegida beteiligt und den Eindruck gewonnen, als ginge es nur um die politisch korrekte Art diese Demonstrationen zu verurteilen. Die Auseinandersetzung mit der Presse gehört für ihn mehr in den Vordergrund der Auseinandersetzung. Die Be-

zeichnung Lügenpresse würde er niemals verwenden, da die Presse für tatsächliche Lügen auch bezahlen müsse. Viel schlimmer seien Halbwahrheiten und selektive Wahrnehmungen. Vaatz erinnerte in diesem Zusammenhang an den vermeintlichen Mord eines Jungen aus rassistischen Gründen in einem Sebnitzer Schwimmbad, der im Jahre 2000 zur medialen Einäscherung der gesamten Stadt führte. Er könne verstehen, dass es nach solchen Entgleisungen, die eine ganze Region dauerhaft in Verruf bringen, kein Vertrauensverhältnis zur Presse mehr gebe. Auch er beschränke seit dieser Zeit seine Kommunikation mit Medienvertretern auf das berufliche Mindestmaß. Hinzu komme das von den Medien beförderte Klima, in dem es in Deutschland erlaubte, staatlich geförderte und erwünschte Ängste gebe, z. B. vor der Erderwärmung, vor CO<sub>2</sub>, vor der Gentechnik und der Kernenergie oder ungenügendem Naturschutz. Wenn jemand aber täglich Gewalttaten im Fernsehen sieht und die Täter sich dabei auf den Islam berufen, ist die Angst davor offensichtlich nicht

erwünscht. Vaatz plädierte deshalb für einen gleichberechtigteren Umgang mit unseren Ängsten.

Für den Fortgang der Diskussion habe ich als Nichtdemonstrant jeweils eine Frage an beide Seiten. Wie ist es für die Pegida-Demonstranten mit ihrem Eintreten für Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit vereinbar, mittels Fahnen und Transparenten und Begleitung durch den Propagandasender Russia Today ihre Solidarität für Putins Russland zu erklären, der genau diese Rechte im eigenen Land unterdrückt und sich anschickt, sein System der Unfreiheit in europäische Nachbarländer zu exportieren? Wie können Nopegida-Anhänger für Weltoffenheit und ein friedliches Zusammenleben aller Kulturen in Dresden demonstrieren, wenn in ihren Reihen gewaltbereite Anhänger der Antifa und Linksextremisten mitmischen, die der Gegenseite das Demonstrationsrecht gerade auch deshalb absprechen, weil bei Pegida auch einige Rechtsextremisten von NPD und Co. mitlaufen? ■



## Parlamentarischer Staatssekretär Stefan Müller besucht Dresden

Fördermittelübergabe des BMBF und Firmenbesuche mit Arnold Vaatz MdB

Arnold Vaatz MdB

Am 20. Januar 2015 besuchte Stefan Müller, parlamentarischer Staatssekretär aus dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) auf Einladung von Arnold Vaatz die Handwerkskammer Dresden. Er übergab einen Fördermittelbescheid für die berufliche Weiterbildung.

Damit kann das seit dem Schuljahr 2009/2010 sehr erfolgreiche Projekt „Förderung der Berufsorientierung in überbetrieblichen und vergleichbaren Bildungsstätten“ auch im kommenden Schuljahr für 1.046 Schüler fortgeführt werden. Insgesamt über 4.000 Schüler nutzten bislang die 10-tägige Berufsorientierung im Dresdner Bildungszentrum der Handwerkskammer. Das Ziel dabei ist es, den Erfolg unserer regionalen Handwerksbetriebe durch einen guten Fachkräftenachwuchs zu sichern. Eine frühzeitige und umfangreiche Berufsorientierung ist die Basis für eine kluge Berufswahl und den erfolgreichen Abschluss der Ausbildung.

Im Anschluss fand ein Gespräch mit den Geschäftsführern der Firmen Heliatek und Novalad statt. Beide Firmen werden vom BMBF im Rahmen des Programms „Inno-Profile-Transfer“ gefördert. Beim Treffen mit Dr. Martin Pfeiffer, Technischer Direktor der Heliatek GmbH, und Dr. Jan Blochwitz-Nimoth, Verantwortlicher für den Bereich Forschung und Entwicklung der Novalad AG, erhielt Staatssekretär Stefan Müller und Arnold Vaatz einen Einblick in die Produktion der flexiblen organischen Solarfolien, HeliaFilm®.

Beide Firmen waren im Jahr 2011 Gewinner des Deutschen Zukunftspreises für Technik und Innovation für ihre gemeinsamen Ergebnisse bei der Erforschung organischer Halbleiter und der wirtschaftlichen Umsetzung dieser Erkenntnisse.

Das aus der TU Dresden hervorgegangene Team hat mit der Gründung beider Firmen ein weltweit führendes Organik Elektronik Cluster in Dresden aufgebaut und damit viele Arbeitsplätze geschaffen. Gemeinsam

entwickelten sie eine Technologie für organische Halbleiter, die neuartige und effiziente Bauelemente ermöglichen, wie z.B. organische Leuchtdioden (OLED) mit drastisch reduziertem Energieverbrauch und langer Lebensdauer sowie flexible, organische Solarzellen mit deutlich erhöhter Effizienz. Damit werden visionäre und ressourcenschonende Anwendungen in vielen verschiedenen Lebensbereichen möglich. Heutige Elektronik basiert meist auf kristallinen Halbleitern, z.B. aus Silizium, das aufwändig und teuer verarbeitet werden muss. Organische Elektronik auf Basis von Kohlenstoffverbindungen bietet umweltschonende Alternativen und neue Einsatzbereiche. Organische Halbleiter machen es möglich, unter minimalem Energie- und Materialaufwand leichte, flexible, großflächige und effiziente Elektronik herzustellen. So sind die farbbrillianten Flachdisplays bei Smartphones der neuen Generation ohne diese Entwicklungen nicht herstellbar. ■



Vorstellung der organischen Solarfolie – HeliaFilm®. Dr. Jan Blochwitz-Nimoth (Novalad AG), Staatssekretär Stefan Müller, Dr. Martin Pfeiffer (CTO Heliatek GmbH), Bundestagsabgeordneter Arnold Vaatz (von li.)

# „Miteinander in Sachsen“ – erstes Dialogforum in Dresden

Andreas Lämmel MdB

Der Saal im ICC in Dresden ist gut gefüllt. 300 Bürger und viele Mitarbeiter aus der Verwaltung sind zum ersten Dialogforum gekommen. Für mich nicht überraschend – ich sehe viele mir bekannte Gesichter. Im Verlaufe der Diskussionen an den einzelnen Tischen zeigt sich: Heute Abend sind Bürger aus dem gesamten politischen Spektrum unseres Landes vertreten. Die Mehrheit der Diskutanten im Saal scheint auf Seiten der Demonstrationsteilnehmer zu liegen.

Schwerpunkt des Abends sollen die Themen „Asyl, Integration und Zuwanderung“ sein. Nach dem Start der Diskussionen ist eigentlich schnell klar: Dieser Komplex ist nur ein kleiner Teil der Themen, über die die Bürger diskutieren möchten. Es sind viele andere Beschwerden, warum die Menschen montags auf die Straße gehen. Die Behauptung, vor allem von links-grüner Seite immer wieder in die Welt gesetzt, die Pegida-Demonstrationen seien fremdenfeindlich und rechtsradikal, geht offensichtlich an der Realität vorbei. Dass der Kern der Bewegung und das Entstehen der Demonstrationen in diesem Zusammenhang zu sehen ist, steht allerdings für mich auch außer Zweifel. Der Rücktritt eines Organizers und die bekannt gewordenen Texte und Sprüche aus seinem Umfeld weisen dies glasklar nach. Nur sind mittlerweile aus 500 Demonstranten fast 20.000 geworden.

An meinem Tisch dreht sich die Diskussion nicht um ein Einwanderungsgesetz, sondern darum, dass Parallelgesellschaften, wie in einigen deutschen Großstädten, für Dresden und Sachsen abgelehnt werden. Und natürlich wird einstimmig herausgearbeitet, dass das Erlernen der deutschen Sprache höchste Priorität besitzen muss. Ohne Sprachkenntnisse kann niemand in unserem Land leben und arbeiten. Außerdem ist von asylsuchenden Menschen auch der Wille zur Integration abzufordern.

An unseren beiden Tischen verläuft die Diskussion hart, aber in geordneten Bahnen.

Das scheint nicht überall so zu sein. Überhaupt ist die Diskussionskultur in Dresden zum Problem geworden. Durch Demonstrationen und ständige Gegendemonstrationen sind manche Menschen kaum noch in der Lage, einen geordneten politischen Disput zu führen. Der eine Diskutant versucht, seine Meinung zu äußern, der andere ist an dieser Meinung nicht interessiert und versucht sein Gegenüber, durch Geschrei mundtot zu machen. Da hilft nur die alte Weisheit „Wer schreit und rumbrüllt dem fehlen die Argumente“. Das war auch am ersten Dialogforum zu beobachten; sogar der Moderator musste eingreifen. Wie auch die Diskussion um „gute“ oder „böse“ Demonstrationen dabei völlig fehl am Platze ist. Wer entscheidet denn darüber, was gut und böse ist? Selbsternannte Moralisten versuchen, uns hier ständig ihre Meinung überzustülpen. Demonstrationsfreiheit ist einer der Werte unseres Grundgesetzes. Natürlich ärgere ich mich auch über manche Demonstration; vor allem in Berlin sind ja jeden Tag irgendwelche demonstrierenden Leute unterwegs. Aber wir sind ein freies Land. Vor 25 Jahren haben wir uns dieses Grundrecht wieder erkämpft. Deswegen soll jeder demonstrieren gehen, der dies möchte, solange seine Überzeugungen auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Also: Auch mit Blick auf eine Diskussions-

kultur in Dresden kann dieses Dialogforum Wertvolles leisten.

Vieles kam an diesem ersten Abend nicht zur Sprache. Dies war aber auch kaum möglich. Bleibt die Frage, wie es weiter gehen kann. Die PEGIDA-Demonstrationen zeigen deutlich, dass es Gesprächsbedarf gibt. Die Themen sind sehr vielfältig und müssen zunächst sortiert werden.

Wichtig ist mir, dass der Gesprächsfaden weitergesponnen wird, dass weiter miteinander gesprochen wird und dass einige Themen in der politischen Diskussion auch einen Kurswechsel oder eine Kurskorrektur in der Politik bewirken. Nicht alles Gewünschte wird sich politisch erfüllen lassen, auch weil viele Emotionen bei diesen Gesprächen mit im Spiel sind. Mir ist jedoch auch klar geworden, dass sich nicht nur die von Parteien beauftragten politisch Agierenden aktiv in diesem Dialogprozess bleiben müssen, sondern auch die kommunalen und regionalen Verwaltungsbereiche in dieser Hinsicht gefordert sind. Hier muss vor Ort bei vielen Themen weitsichtiger als bisher vorgegangen, müssen die Bürger guten Willens frühzeitig in Entscheidungsprozesse eingebunden werden.

Das Forum war ein guter Start – Fortsetzung muss folgen. ■





# „Dresdner miteinander im Gespräch“ – oder wie wir ALLE lernen müssen, einander wieder besser zuzuhören

Dresdner CDU-Landtagsabgeordnete starten Dialogreihe

Patrick Schreiber MdL



**Dresdner miteinander im Gespräch  
CDU-Mandatsträger hören zu**

Seit Wochen, gar Monaten ist etwas anders in Dresden. Denn seitdem gibt es kaum noch einen „normalen“ Wochenanfang in unserer Stadt. Allmorgendlich versammelt sich eine bis dato zunehmend größer werdende Gruppe, um auf den Dresdner Straßen zu demonstrieren und damit ihren Unmut kund zu tun.

Unter dem Slogan „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ wurde dabei anfänglich gegen eine scheinbar wachsende „Islamisierung“ Dresdens protestiert. Ein Anstoß dafür war die ansteigende Zahl an Asylbewerbern, die in Dresden untergebracht werden müssen. Vor allem die Standorte, die von der Dresdner Stadtverwaltung für die zentrale Unterbringung der Asylbewerber ausgewählt wurden, entfachte eine emotionale Debatte innerhalb der Dresdner Gesellschaft.

Angesichts eines Anteils muslimischer Mitbürger in Sachsen von unter 0,1 Prozent (!) lässt sich über den Begriff „Islamisierung“ und vor allem einer konkreten Angst davor wahrlich streiten. Das Problem besteht doch darin, dass eben Kunstbegriffe wie dieser zum Anlass genommen wurden – ja ich möchte sogar behaupten, bewusst instrumentalisiert wurden – um bestehende Problemlagen zuzuspitzen und damit faktisch zu vermengen. In Wirklichkeit hat doch aber die Einrichtung neuer Asylbewerberheime in Dresden nichts mit einer angeblichen „Islamisierung“ zu tun.

Die neueste Studie des Dresdner Politikwissenschaftlers Prof. Dr. Werner J. Patzelt

versucht sich – wie schon verschiedene wissenschaftliche Expertisen zuvor – an einer Erklärung zur Binnenstruktur der PEGIDA-Teilnehmer.

Der Frage, „Was treibt die Menschen denn wirklich auf die Straße und warum?“, wollten wir, die Dresdner CDU-Landtagsabgeordneten, nicht nur nachgehen, sondern vor allem auch Antworten darauf finden. Dabei liefern wir einer Pauschal-Verurteilung der PEGIDA-Demonstranten nicht hinterher – das Ergebnis der jüngsten „Patzelt-Studie“ untermauert diese Einschätzung. Denn danach sind, so die Formulierung in dieser aktuellen wissenschaftlichen Expertise, ca. zwei Drittel „besorgte Gutwillige“, die ihre Unzufriedenheit mit Politik, Politikern, Parteien und Medien zum Ausdruck bringen wollen.

Die PEGIDA-Bewegung ist in sich zwar eine heterogene Masse, dennoch folgten die Teilnehmer bisher dem „monologischen Prinzip“ der Demo-Organisatoren, deren Begriffe viel zu lange diffus geblieben sind, die lange Zeit keine Gesprächsbereitschaft mit den politischen Interessenvertretern erkennen ließen und dadurch eine allgemeine Unmutsstimmung produziert wurde, die der Sachlage rund um die Asyldebatte dieser Tage nicht gerecht wird.

Aber auch die Gegendemonstrationen sind kein Ausdruck von Dialogbereitschaft, sondern vertiefen die Gräben nur noch mehr und ließen die emotionalen Wogen nur noch höher schlagen. Aus diesem Grund initiierten die Dresdner CDU-Landtagsabgeordneten die Dialogreihe „Dresdner miteinander im Gespräch“, die an das Dialogforum „Miteinander in Sachsen“ der sächsischen Staatsregierung anknüpft und dies direkt mit den Bürgern vor Ort in den Dresdner Stadtteilen fortführt. Gemeinsam mit den einzelnen Interessenvertretern – den Ortsbeiräten und den zuständigen Stadträten – ging es erst einmal ums Zuhören und Aufnehmen von konkreten Problemen, Ängsten bzw. Fragen. Auf meiner **ersten Dialogveranstal-**

**tung**, die ich am **03. Februar mit Stadtrat Gunter Thiele** und den beiden **Neustädter Ortsbeiräten Lutz Barthel und Jörg Logé** in den Wenzel Prager Bierstuben durchgeführt habe, wurde von Seiten einzelner Bürger bspw. bemängelt, dass bei der Standortsuche zu den neuen Asylbewerberheimen in Dresden die Anlieger zu spät oder gar nicht in Entscheidungsprozesse einbezogen wurden. In Zukunft ist zum Wohle aller Beteiligten an diesen Stellen mehr Fingerpitzengefühl gefragt. Die Menschen wollen Entscheidungen nachvollziehen können. Dafür muss seitens der Verwaltung auch einmal der „normale“ Dienstweg verlassen werden, um Transparenz und damit Verständnis bei der Allgemeinheit zu schaffen. In Richtung aller „besorgten Gutwilligen“ sage ich aber auch deutlich, Pauschalisierungen, die mit „die Politik...“ beginnen, sind ebenso wenig dialogzuträglich. Die Pflicht zur Dialogbereitschaft kann und darf in Zukunft nicht einseitig sein. Beide Seiten – politische Akteure und Bürger – müssen in Zukunft genauer hinhören bzw. frühzeitiger und offensiver das Gespräch suchen.

Neben den Veranstaltungen der Landtagsabgeordneten setzte auch der **MIT-Kreisverband** die Dialogreihe **am 04. Februar** fort. Christian Hartmann MdL gab dabei in seiner Funktion als innenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion noch einmal einen detaillierten Einblick zum Asylverfahren. Für die anwesenden Unternehmer war in diesem Zusammenhang auch das Thema Zuwanderung wichtig. Denn es ist ja kein Geheimnis, dass wir aufgrund des demografischen Wandels in Zukunft auf Zuwanderung angewiesen sein werden, um unseren Fachkräftebedarf zu decken. Natürlich muss man in diesem Zusammenhang dann auch über Bedingungen, Kriterien und Maßnahmen einer gezielten Zuwanderungspolitik sprechen. Für ein weltoffenes Klima sollten wir jedoch schon heute sorgen! ■

# Differenzieren wir! Seien wir stolz auf das, was wir haben! Entwickeln wir uns weiter! – Zur PEGIDA-Diskussion

Martin Modschiedler



Das wird nun der xte Artikel zum Phänomen PEGIDA (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes). Wozu eine weitere Wortmeldung?

Weil ich mich als Abgeordneter und Politiker damit auseinandersetzen will und muss!

Zunächst möchte ich auf die enorme Ambivalenz der gesamten Problematik hinweisen. Viele der PEGIDA-Thesen kann ich vorbehaltlos unterstützen. Einige nicht. Wenn Menschen auf die Straße gehen um zu demonstrieren, dann habe ich das nicht zu kommentieren. Das ist ein Grundrecht. Auch eine Gegendemonstration ist dementsprechend hinzunehmen. Allerdings ist eine Behinderung einer genehmigten Demonstration nicht zu akzeptieren und entsprechend zu ahnden.

Unangenehm ist mir, wenn die PEGIDA-Demonstrationen NPD-Funktionäre und Hooligans einschließen – zu ändern ist es nicht. Ich möchte aber darauf hinweisen dürfen. Unangenehm ist mir, wenn die Gegendemonstrationen Linksextremisten und sogenannte Autonome einschließen – zu ändern ist es nicht. Ich möchte aber auch darauf hinweisen dürfen.

Ich verstehe die Ängste der Menschen, die bei PEGIDA demonstrieren. Ich habe aber auch Angst vor Pauschalisierungen und Vorurteilen. Nicht jeder, der als Flüchtling zu uns kommt, ist verfolgt. Jeder hat aber das Recht, dass sein Asylantrag geprüft wird. Das ist ein rechtsstaatlicher Grundsatz, auf den wir stolz sein sollten.

Aber jeder, der als Flüchtling zu uns kommt, ist ein Mensch. Auch ein Mensch, der nach unseren rechtlichen Maßstäben zu Unrecht hier ist und dann gesetzeskonform abgeschoben wird, muss immer noch als Mensch

behandelt werden. Wir sollten grundsätzlich Begrifflichkeiten bedachter benutzen und nicht vorschnell urteilen und dabei vor allem immer zwischen Flüchtlingen, Zuwanderern und Asylbewerbern unterscheiden. Unser Grundgesetz sieht das Grundrecht auf Asyl vor. Wir sollten stolz darauf sein, entspricht es doch unseren christlich-jüdischen Traditionen und Werten, Verfolgten zu helfen!

Ich verstehe, dass Menschen wütend auf Teile der Presse und Medien sind und der vierten Gewalt vorwerfen, undifferenziert und einseitig zu berichten. Aber wir haben Pressefreiheit und eine Vielzahl verschiedener und unzensurierter Meinungsplattformen. Wir sollten stolz darauf sein. Es ist nicht wahr, dass es eine Einheitspresse gibt. Ich entdecke schon noch Unterschiede zwischen einer taz und einer WELT oder zwischen einer Jungen Freiheit und einer Jungen Welt. Und ich erkenne Unterschiede in der Medienlandschaft von Russland, Saudi-Arabien oder Deutschland. Unsere entspricht grundsätzlich meinen Vorstellungen. Wir sollten vorsichtig sein mit Pauschalisierungen. Das hat auch nichts mit Schönreden zu tun und die Presse hat selbstverständlich auch eine Verantwortung, der sie gerecht werden muss. Differenzierungen sind aber immer hilfreich.

Ich verstehe, wenn Menschen sich von der Politik und von Politikern unverstanden fühlen. Aber: Es ist unserer repräsentativen Demokratie immanent, dass Politiker bekannt und erreichbar sind und dass sie sich dem Diskurs stellen müssen: immer wieder, tagtäglich und nicht nur alle 4 bzw. 5 Jahre, wenn man in den Wahlkampf zieht. Und dies geschieht permanent. Aber was erwartet der Bürger von einem Diskurs mit einem Politiker? Erwarte er dann immer volle Zustimmung? Oder kann er mit einer anderen Meinung leben? Erwarte er, dass der ange-

sprochene Politiker zu 100% sein Anliegen umsetzt? Und wie verhalte ich mich als Bürger, wenn meinem Anliegen – argumentativ begründet – nicht entsprochen wird. Bürgerbeteiligung ist nicht einseitig. Es bedeutet immer Dialog, Auseinandersetzung und Streit! Das gehört zur Demokratie dazu. Diesen Diskurs zu diskreditieren beschädigt unsere Demokratie – er ist Grundlage unserer Gesellschaftsform. Mangelnde politische Bildung ist hierbei eine schwere Bürde. Mir persönlich zeigt diese Thematik, dass es uns an Werten mangelt. Warum sind viele Menschen in unserem Land so unzufrieden, verbittert und verängstigt? Materielle Not wird in den seltensten Fällen der wirkliche Grund sein. Oft sind es fehlende Werte, die uns verbittern lassen. Ein Leben kann nicht gelingen, wenn Nächstenliebe, Familie, Freundschaften, Liebe, Hoffnung, Barmherzigkeit und – für mich – Gottesliebe im Alltag keine Rolle mehr spielen. Es liegt an jedem persönlich, wie er sich gegenüber seinem Nächsten verhält. Ob unser eigenes Wohl im Mittelpunkt unseres Denkens steht oder ob wir bereit sind, für unsere Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen. Wenn ich mir meiner eigenen Grundwerte bewusst bin, dann kann ich mich auch offen gegenüber Neuem zeigen!

Warum schreibe ich das? Weil es in meinen Augen eine große Gefahr bedeutet, wenn aus einzelnen – teils berechtigten – Kritikpunkten an unserer Gesellschaft, Gesetzen usw. eine Grundsatzkritik wird. Zumal wenn keine Alternative geboten wird. Es hilft uns kein Schwarz-Weiß-Denken. Es hilft uns nur eine Differenzierung. Es helfen uns Weiterentwicklungen. Stillstand ist schlecht. Aber einer Revolution bedarf es auch wieder nicht. Das alles ist mühsam, das braucht Zeit und Eingeständnisse, das erfordert Kompromisse, das ist anstrengend – das ist unsere parlamentarische Demokratie. Wir sollten stolz darauf sein.

[martin.modschiedler@slt.sachsen.de](mailto:martin.modschiedler@slt.sachsen.de) ■



## Kulturpalast erhält 1 Million Euro Denkmalförderung vom Freistaat

StM Markus Ulbig



Am 19. Dezember überreichte Innenminister Markus Ulbig der Dresdner Oberbürgermeisterin, Helma Orosz, einen Fördermittelbescheid in Höhe

von 1 Million Euro aus dem Sonderprogramm „Denkmalpflege“ des Freistaates Sachsen.

Der Kulturpalast, der von 1967 bis 1969 in Stahlbetonskelettbauweise errichtet wurde, gilt in seiner baulichen Struktur als Architekturdenkmal der so genannten Nachkriegsmoderne.

Auf Grundlage eines Stadtratsbeschlusses von 2008 begann die Stadt Dresden

im Jahr 2013 mit umfangreichen Baumaßnahmen. Ziel ist die brandschutzgerechte Modernisierung der Bausubstanz und ein funktionsorientierter grundlegender Umbau. Der freistehende und das direkte Umfeld prägende Baukörper an sich soll dabei allerdings erhalten bleiben, um an das wieder aufgebaute Nachkriegs-Dresden zu erinnern. Im Rahmen der Umbaumaßnahmen sollen Musik, Bildung und Humor unter einem Dach vereint und zu einem international anerkannten, kulturellen Anziehungspunkt werden. Das Nutzungskonzept sieht einen komplett neuen Konzertsaal für die Dresdner Philharmonie mit einzigartiger Akustik, ergänzt durch den Einzug der Hauptbibliothek sowie das Kabarett „Herkuleskeule“ in den Kellerräumen vor.

Um dieses erweiterte und moderne Nutzungskonzept mit dem Anspruch an eine denkmalgerechte Sanierung zu vereinen, gilt es neben der baulichen Hülle, den Bronzetüren und dem Wandfries, vor allem das architektonisch anspruchsvolle Foyers kritierengerecht zu rekonstruieren.

Die durch den Freistaat gewährten Fördermittel aus dem Sonderprogramm „Denkmalpflege“ sollen für die originalgetreue Wiederherstellung der sogenannten Mogi-Deckenkonstruktion sowie der dazugehörigen Beleuchtung in den zentralen Foyers im Erdgeschoss, im ersten Zwischengeschoss und im ersten sowie im zweiten Obergeschoss verwandt werden. ■

## Breslau als Kulturhauptstadt Europas – Chancen für Dresden und Sachsen nutzen!

Aline Fiedler MdL



2016 wird die wunderschöne Stadt Breslau Kulturhauptstadt Europas sein. Ein Titel, mit dem vielfältige Chancen verbunden sind, national

wie international Aufmerksamkeit und Interesse zu erregen. Die CDU/SPD-Koalition hat am 11. November 2014 einen Antrag in den Landtag eingebracht, in dem sie die Staatsregierung auffordert, die Ernennung Breslaus zur „Kulturhauptstadt Europas“ zur Stärkung der sächsisch-polnischen Beziehungen zu nutzen. Dahinter liegt die Idee, die guten Kontakte zwischen Sachsen und Polen weiter auszubauen und zu vertiefen.

Die deutsch-polnische Geschichte beginnt weit vor dem 20. Jahrhundert und ist durch viele Gemeinsamkeiten geprägt. Leider hat insbesondere das letzte Jahrhundert schmerzhaft Spuren hinterlassen, aber auch Hoffnung. Wir können heute dankbar

sein, dass in unseren beiden Ländern Freiheit ein selbstverständliches Grundrecht ist. Nicht nur für uns Sachsen ist es normal, zum Tagesausflug ins nahe Breslau zu fahren, wo sich die Generation unserer Großeltern noch unversöhnlich gegenüberstand. Dieser freundschaftliche Umgang miteinander war vor 70 Jahren – und auch lange danach – kaum vorstellbar.

Wenn es um die Vertiefung freundschaftlicher Beziehungen geht, geht es immer auch um die Einbindung möglichst vieler Menschen. Deshalb haben wir in unserem Antrag angeregt, die verschiedenen sächsischen Institutionen aus Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft einzuladen, sich an der Erarbeitung eines Konzeptes für die Präsentation Sachsens in Breslau sowie an den Aktivitäten im Jahr 2016 zu beteiligen. Wir haben eine starke Basis, auf der wir aufbauen können. Seit 1959 besteht eine Partnerschaft zwischen Dresden und Breslau. Auch die guten Erfahrungen aus der Bewerbung Görlitz/Zgorzelec um den Titel der Kulturhauptstadt kön-

nen und sollen in die Vorbereitungen für 2016 einfließen. Das 2012 eröffnete Verbindungsbüro des Freistaates Sachsen in Breslau ist ein wichtiger Ansprechpartner, dem es gelingen kann, geknüpfte Kontakte und Verbindungen über das Kulturjahr 2016 hinaus zu begleiten und zu pflegen. Dabei soll unser Anliegen selbstverständlich als freundliche Anfrage, als Angebot verstanden werden. Die Ausgestaltung liegt natürlich in der Verantwortung der polnischen Gastgeber und speziell der Breslauer.

Für das Jahr 2025 will sich auch Dresden um den Titel der Kulturhauptstadt bewerben. Bei unserer Bewerbung können wir von Breslau lernen und wertvolle Impulse aufnehmen. Wenn Dresden 2025 den Titel erhält, wäre das eine wunderbare Gelegenheit sich in und mit Europa zu präsentieren. Jetzt besteht die Möglichkeit, in Breslau Erfahrungen zu sammeln und daraus Motivation und Profil für die eigene Bewerbung zu ziehen.

[aline.fiedler@slt.sachsen.de](mailto:aline.fiedler@slt.sachsen.de) ■

# „Oberbürgermeister für alle Dresdnerinnen und Dresdner!“

Markus Ulbig zu Gast im Ortsverband Dresdner Süden

Edgar König



Staatsminister Markus Ulbig, MdL, war am 12.01.2015 in der ersten Mitgliederversammlung des CDU Ortsverbandes Dresdner Süden im Jahr 2015 als vom Kreis Ausschuss vorgeschlagener „OB-Kandidat“ zu Gast und diskutierte mit uns über die derzeit wichtigsten kommunalpolitischen Themen.

Markus Ulbig stellte sich zunächst kurz vor und erläuterte seinen beruflichen Werdegang, um anschließend gleich auf das brandaktuelle Thema „Pegida“ in Dresden einzugehen.

Er drückte seine Besorgnis aus, dass durch die „Pegida“-Demonstrationen ein Keil in die Bürgergesellschaft getrieben und Dresden gesellschaftlich gespalten werden könnte.

Er machte sehr deutlich, dass das verhindert werden müsse und er Oberbürgermeister

für alle Dresdnerinnen und Dresdner sein möchte. Dies setze natürlich voraus, dass er zunächst am 06.02.2015 vom Kreisverband der CDU Dresden als „OB Kandidat“ nominiert werde und die Bürgerinnen und Bürger ihn am 07.06.2015 zum Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Dresden wählen.

Er sei bereit mit „Pegida“ in einen Dialog zu treten und sich mit den Fragen, Sorgen und Befindlichkeiten der Teilnehmer auseinanderzusetzen. „Pegida“ müsse aber konsensbereit sein.

Er sprach in diesem Zusammenhang über die Asyl- und Zuwanderungspolitik. Die Asylverfahren dauern viel zu lange. Maximal 3 Monate sei das Ziel. Er dränge daher auf eine Verfahrensbeschleunigung und zwar nicht erst seit den „Pegida“-Demonstrationen. Klar sei, wer keinen Anspruch auf Asyl habe, sei ausreisepflichtig. In diesem Zusammenhang sprach er sich sehr klar gegen ein Winterabschiebestop aus und zwar mit der Begründung, dass jegliche Art von systemwidrigen Anreizen ausgeschlossen werden müsse. Wem aber ein Asylrecht zustehe, der sei zu integrieren.

Es gäbe aber nicht nur das Thema „Asyl“, sondern es gehe auch um den Fachkräftebedarf, der gerade in Dresden als Wissenschaftsstandort von besonderer Bedeutung

sei. Weitere kommunalpolitische Themen kamen im Rahmen der Diskussion zur Sprache, wobei er sich vor allem für eine Beibehaltung der Schuldenfreiheit, für bezahlbares Wohnen und gegen Kriminalität in der Dresden stark machen möchte. Des Weiteren müssten die neuen Technologien stärker genutzt werden, um eine bessere Kommunikation erreichen zu können.

Markus Ulbig gab unseren Mitgliedern an diesem Abend einen ersten Einblick über seine Vorstellungen als „OB-Kandidat“ und seine kommunalpolitischen Schwerpunkte, die es aber noch zu vervollständigen gilt. Deshalb bat er um Zuarbeit relevanter Themen aus den Ortsverbänden.

Wir versicherten ihm unsere volle Unterstützung und verabschiedeten ihn mit der Erkenntnis, dass er klare Vorstellungen hat und seine Meinung deutlich vertritt, aber dennoch stets dialogbereit und den Menschen gegenüber zugewandt ist. Seine fachliche Qualifikation ist dazu unbestritten und er hat die Fähigkeit die Stadt glaubwürdig zu repräsentieren. Alles Eigenschaften, die ein Oberbürgermeister einer Großstadt wie es Dresden ist (weiterhin) braucht und der Stadt und ihren Bürgerinnen und Bürgern gut tun. Denn es geht um die Zukunft unserer Stadt! ■

## Bürgersprechstunden der Landtagsabgeordneten:

Aline Fiedler MdL	13.03., 13.00 – 18.00 Uhr,	Bürgerbüro, Chemnitzer Straße 115,	0351 4667750 wahlkreis@aline-fiedler.de
Christian Hartmann MdL	Sprechstunden derzeit nur nach Terminabsprache		0351 4935532 christian.hartmann@slt.sachsen.de
Martin Modschiedler MdL	04.03., 16.00 – 18.00 Uhr,	Wahlkreisbüro, Bergmannstraße 7, gemeinsam mit Stadträtin Astrid Ihle und Stadtrat Peter Krüger	0351 43837348 tw@martin-modschiedler.de
Christian Piwarz MdL	25.03., 16.00 – 18.00 Uhr, 22.04., 16.00 – 18.00 Uhr	OA Leuben, Hertzstraße 23 – mit Stadträtin Heike Ahnert OA Prohlis, Prohliser Allee 10 – mit Stadtrat Dietmar Haßler	0351 4935520 christian.piwarz@slt.sachsen.de
Lars Rohwer MdL	Sprechstunden derzeit nur nach Terminabsprache	Bürgerbüro, Kesselsdorfer Str. 55	0351 4935594 l@rs-rohwer.de
Markus Ulbig MdL	Sprechstunden derzeit nur nach Terminabsprache		0351 4935530 markus.ulbig@slt.sachsen.de
Patrick Schreiber MdL	04.03., 16.00 – 18.00 Uhr, 01.04., 16.00 – 18.00 Uhr	Wahlkreisbüro Antonstraße 15	0351 81040-01 buero@schreiber-patrick.de

Um Anmeldung für die jeweiligen Sprechstunden wird telefonisch oder per Mail gebeten. Weitere Termine sind nach Absprache möglich.





### Treffen des CDU-Vorstandes und der Blasewitzer CDU-Ortsbeiräte - auf eine gute Zusammenarbeit

Ende 2014 trafen sich der Vorstand der CDU Blasewitz / Striesen und die CDU-Ortsbeiräte aus Blasewitz zu einer Gesprächsrunde. Ziel war das gegenseitige Kennenlernen und der Austausch zu aktuellen Themen. Dabei standen insbesondere die Asylproblematik und die neue politische Gesamtsituation in Dresden nach den Kommunalwahlen im Mittelpunkt. Modschiedler: "Es ist wichtig, dass wir uns gegenseitig noch besser kennenlernen und stetig miteinander austauschen. Zudem soll das Treffen auch ein kleines Dankeschön für das großartige ehrenamtliche Engagement unserer Vorstandsmitglieder und Ortsbeiräte sein. Dem Ortsbeirat Blasewitz gehören sieben CDU-Ortsbeiräte an, entsprechend gibt es sieben Stellvertreter. Zum Vorstand der CDU Blasewitz / Striesen zählen zwölf Mitglieder, darunter die beiden Stadträte Steffen Kaden und Peter Krüger. ■



### Dresden vor der Wahl - Markus Ulbig stellt sich vor

Anfang Januar stellte sich der designierte CDU-Kandidat für die Dresdner Oberbürgermeisterwahl 2015, Staatsminister Markus Ulbig MdL, den Dresdner CDU-Ortsverbänden Blasewitz / Striesen, Loschwitz / Weißer Hirsch und Gruna / Seidnitz vor. Die mehr als 60 anwesenden Mitglieder wa-

ren sehr gespannt und stellten dem Minister nach dessen Vorstellung zahlreiche Fragen. Im Mittelpunkt standen dabei natürlich die Themen Asyl und Flüchtlinge, aber auch über Kriminalität, die Polizeireform und Wohnen wurden diskutiert. Markus Ulbig nutzte den Abend, um von den Mitgliedern zu erfahren, welche Themen im kommenden Wahlkampf und für die nächsten Jahre für Dresden wichtig seien. Moderiert wurde der Abend von den Ortsverbandsvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Christian Piwarz und Martin Modschiedler. ■



### Alle Jahre wieder...

Die Dresdner Senioren-Union hatte zu ihrem alljährlichen adventlichen Nachmittag ins ALLO-Heim Nähe Bürgerwiese eingeladen. Die sehr beliebte und gern besuchte Veranstaltung beinhaltete in diesem Jahr etwas ganz Besonderes. Mir war es gelungen, das Dresdner Heinrich-Schütz-Konservatorium für die kulturelle Ausgestaltung zu gewinnen.

Unser Vorsitzender Peter Girst eröffnete den Adventsnachmittag. Eingebettet in das Konzert, welches uns 17 Kinder vom Heinrich-Schütz-Konservatorium besuchten, sprach Dompfarrer Büchner von der Dresdener Kathedrale das Geistliche Wort. Selbstverständlich sangen wir einige Weihnachtslieder, bevor Kaffee und Dresdner Christstollen an der Reihe waren. Erfreulicherweise besuchte uns auch unser Kreisvorsitzender Christian Hartmann. Die klei-

nen Musikanten labten sich kindgemäß an Kakao und Keksen und Peter Girst hatte obendrein noch für die Kinder Überraschungseier zu verschenken.

### Martin Modschiedler ist stolz: Weltberühmte Dresdner Knabenchöre jetzt im bundesweiten Verzeichnis des immateriellen Kulturerbes aufgenommen wurden

Deutschland nimmt 27 Traditionen und Wissensformen in sein neues bundesweites Verzeichnis des immateriellen Kulturerbes auf. Dazu zählen auch die Sächsischen Knabenchöre. Herzlichen Glückwunsch den Leipziger Thomanern, den Dresdner Kapellknaben und dem Dresdner Kreuzchor. Ich bin froh und auch ein klein wenig stolz, dass zwei dieser Chöre in meinem Wahlkreis ihr zu Hause haben.

### Nachruf Dr. Harald Tausch-Marton

Das Mitglied des CDU-Ortsverbandes Blasewitz / Striesen, Herr Dr. Harald Tausch-Marton, ist am 9. Januar d. J. im Alter von 73 Jahren verstorben.

In allererster Linie ist mit seinem Namen die in den Oktobertagen 1989 erfolgte Loslösung der CDU (Ost)-Mitglieder in der Dresdner Stadtverordnetenversammlung aus der SED-geführten Einheitsfront verbunden. Die CDU-Mitglieder bildeten unter seiner Federführung eine Fraktion, die er bis zu den Kommunalwahlen geführt hat. Ohne Gefahr und Risiken war dieser Schritt der Loslösung „weiß Gott“ nicht. Auf dem letzten CDU-Parteitag im November des vergangenen Jahres hat Arnold Vaatz in einem Beitrag mit klaren und unmissverständlichen Worten diesen Verdienst von Herrn Harald Tausch-Marton gewürdigt.

Die Dresdner CDU darf dankbar dafür sein, dass diese Erklärung vor seinem Tod erfolgte. Sie verneigt sich dankbar vor Herrn Dr. Harald Tausch-Marton. Seiner Frau Manuela Tausch-Marton und der gesamten Familie gilt unser Mitgefühl. ■

# Erinnerungen an den 13. Februar 1945

## 70. Jahrestag der Zerstörung Dresdens

Christian Philipp

In der milden Winternacht, am 13. Februar 1945, machte uns drei Kinder die Mutter munter. Wir sahen hinter dem Schwarzenberg, bei Elstra einen roten Feuerschein. "Das da ist Dresden!" sagte die Mutter. Dieses Bild, in der Ferne, ist bis heute in meinem Gedächtnis geblieben. 5 Jahre später konnte ich als 10-Jähriger meine Sommerferien bei meinem Patenonkel, dem Tischlermeister Kurt Claus in Dresden, im Hinterhaus der Schorrstraße 39 verbringen. Sichtlich betroffen war ich, als ich zum 1. Mal die Ruinen, die Trümmerhaufen, die Trümmerbahn auf den freigeräumten Straßen und dazwischen Sträucher, stehengebliebene Bäume und hohe Essen gesehen habe.

Schleichwege und Trampelpfade verkürzten die Wege zum Hauptbahnhof und zu anderen stehengebliebenen Hinterhäusern. In dem ungleichen Straßenrechteck, zwischen Reichenbachstraße, damals Reichstraße nun Fritz-Löffler-Straße, Strehleiner Straße und Gutzkowstraße, waren von 400 sechsstöckigen Häusern nur zwei stehen geblieben. Weil der Onkel ein "Holzwurm" war, hat er mir mehrmals erzählt: "Stell dir vor, zu jedem Haus wurde ein Wald gebraucht." Damals waren in den Häusern die Dachstühle, die Deckenbalken, die Die-

len, die Fenster, die Türen, die Treppengeländer und die Möbel in den Wohnungen aus Holz! Wenn während der Angriffe keine Männer im Haus waren, die die Stabbrandbomben beherzt beseitigen oder löschen konnten, branden die Straßenzüge komplett ab. Allerdings, durch einen Glücks-umstand ist die in unmittelbarer Nähe stehende Russisch-orthodoxe Kirche, auf der Fritz-Löffler-Straße stehen geblieben. Diese war, als erste in Deutschland, nach russischen Vorbildern vom Architekt Harald Julius von Bosse, von 1872-74 erbaut worden.

Im Februar 1945 hat der amtierende Verantwortliche dieser Kirche die Stabbrandbomben, die durchs Fenster der Südseite auf den parkettfußboden stürzten, im richtigen Moment beseitigt. Die Brandstellen im Parkett sind noch heute sichtbar. Dieses Schicksal erfuhr ich, als ich 1967 im Auftrag unserer damaligen Maler-PGH, die zwiebel-förmigen Kuppeln mit grüner und gelber Lackfarbe behandeln durfte. Von einem noch heute und für viele weitere Jahre deutlichen Zeichen des Bombenangriffes erfuhr ich bei einer Führung mit Herrn Dr. Rainer Pfannkuchen im Großen Garten.

Alle Anwesenden bestaunten dabei sichtlich beeindruckt die Splittereiche. Mit un-



Dr. Pfannkuchen mit Gästen vor der Splittereiche im Großen Garten

serem ersten demokratisch gewählten Bürgermeister, Dr. Herbert Wagner, hatte er schon einmal eine Besichtigung an dieser Stelle. Dr. Pfannkuchen brachte bei der öffentlichen Führung seine Verwunderung zum Ausdruck, dass weder eine angemessene Pflege um die Eiche noch ein Hinweisschild für Besucher zum Innehalten existiert. ■

# Dresden Stadt der Wissenschaften und Wirtschaft – Wer steht hinter Pegida

## AK Innovation, Wissenschaft und Technologie

Andreas Baumann

Der CDU OB-Kandidat Markus Ulbig und Prof. Dr. Hans Vorländer, TU Dresden haben nicht nur über einige Schwerpunkte des zukünftigen OB-Wahlprogrammes von Markus Ulbig für die Bereiche Wissenschaften sowie Wirtschaft, sondern aus aktuellem Anlass auch über die Analyse von Prof. Dr. Vorländer zu den sich

wieder abschwächenden Pegida-Demonstrationen und der Pegida-Spaltung diskutiert. Das heißt aber nicht, dass die von der Mehrheit der Demonstrationsteilnehmer artikulierten Probleme nach Gesprächsrunden der Politiker mit Bürgern gelöst sind. Es sind nunmehr Politik und Verwaltung von Dresden sowie Sachsen gefordert

u.a. nach Lösungen einer besseren Kommunikation und Einbindung der Bürger in die Entscheidungsprozesse zu suchen.

**Einige Ziele des OB-Kandidaten Markus Ulbig:**

Eine der wichtigeren Aufgaben als CDU-OB bezeichnet Markus Ulbig die Umset-

zung der Vorschläge für einen neuen Universitätscampus. Er will alle Beteiligten in die Ideenfindung einbeziehen und das Projekt selbst steuern. Dazu gehören Anwohner, Kleingartenbesitzer, der Freistaat, die Landeshauptstadt, die Verkehrsbetriebe und insbesondere die TU Dresden sowie Dresden Concept. Bei der bisherigen Vorgehensweise sieht er Schwächen. Die Landtagsabgeordnete Aline Fiedler hat darauf hingewiesen, dass für die Exzellenzuniversität im sächsischen Haushaltsplanentwurf 2015/16 p.a. € 200 Mio. für den laufenden Betrieb und ca. € 100 Mio. p.a. für Investitionen vorgesehen sind. Das Universitätsklinikum sei gut aufgestellt, aber es fehlt z.B. ein geisteswissenschaftliches Zentrum. Deshalb müsste mit den Projektplanungen, deren Umsetzungen über zehn Jahre dauern, sofort nach der OB-Wahl begonnen werden. Ein Unicampus setzt aber auch eine bessere Infrastruktur für studentisches Leben und Wohnen im Umfeld der TU Dresden sowie Arbeitsmöglichkeiten für junge Unternehmen aus Ausgründungen der TU und von außeruniversitären Forschungsinstituten voraus. Es fehlt insbesondere an „Kneipen“, studentischen Treffpunkten etc. Am Abend ist dieser Stadtteil nahezu „ausgestorben“. Es zieht die Studenten in die Neustadt. Das studentische Wohnen möchte Markus Ulbig mit Hilfe von Privatinvestoren, nicht nur im Umfeld des Campus verbessern. Für Ausgründungen sollten Flächen und Gebäude in Campusnähe zur Verfügung gestellt werden. Ein Beispiel könnte der Campus Berlin-Adlershof sein.

Ein herausragendes Thema ist für Markus Ulbig die Förderung der Wirtschaft. Er stellte fest, dass entsprechend einer Analyse der „Wirtschaftswoche“ insbesondere beim Dynamik-Ranking Dresden auf Platz 13 von über 60 deutschen Großstädten hinter Leipzig mit Platz 4 zurückgefallen ist. Auch bei den Gewerbesteuererinnahmen droht Dresden ein Platz hinter Leipzig und Chemnitz. Aufgrund der Mittelstands- und Forschungsinfrastruktur sieht er ein erhebliches Potential nicht nur für hochqualifizierte Arbeitsplätze und somit steigende Steuereinnahmen. Vollkommen unverständlich ist deshalb, dass der Wirtschaftsbürgermeister und OB-Kandidat Dirk Hilbert seit fast zwei Jahren die Abtei-

lungsleiterstelle für einen Wirtschaftsförderer/in nicht besetzt hat.

Ziele der Pegida-Demonstranten – Was ist von Politik sowie Verwaltung zu tun!

Die Befragungen von über 400 Demonstrationsteilnehmern ergaben u.a. laut Prof. Vorländer folgendes Ergebnis:

- 40% Prozent der Teilnehmer kommen aus Dresden, über 40 Prozent aus Sachsen und der Rest aus Ost- sowie Westdeutschland.

- Die Teilnehmer sind zum weit überwiegenden Teil männlich. Das Durchschnittsalter liegt bei 49 Jahren. Das Durchschnittseinkommen ist über dem sächsischen Niveau.

- Über 90 Prozent haben eine abgeschlossene Ausbildung bis zum Hochschulabschluss. Nur zwei Prozent sind arbeits-suchend. Über 60 Prozent sind nicht parteiverbunden und etwa 16 Prozent der AfD-Wählerschaft zuzuordnen.

- Unter 10 Prozent zählen zu dem äußerst rechten politischen Spektrum bis hin zu Hooligans. Diese kommen offenbar aus dem Dynamo-Umfeld, wobei der Verein, der von der Stadt hoch subventioniert wird, sich bisher zu Pegida nicht geäußert hat. Anders ist das z.B. beim Dresdner Sportclub (DSC). Dieser setzt sich aktiv für ein weltoffenes Dresden ein.

- Der Anteil der Nichtwähler liegt in Dresden und Sachsen bei 50 Prozent. Diese tendieren zum größeren Teil zur AfD.

- Das Thema Islamisierung spielt mit 20 Prozent eine untergeordnete Rolle. Man ist aber zu 35 Prozent mit der Asylpolitik nicht einverstanden.

- Über 50 Prozent sind mit der Politik generell unzufrieden. Man fühlt sich nicht „Ernst genommen“. Pegida hat offenbar das „Frustpotential“ erkannt.

Nach der Pegida-Aufspaltung hat sich herauskristallisiert, dass u.a. die fremdenfeindlichen Aussagen einiger Gründungsmitglieder nicht der Mehrheitsmeinung der Demonstranten entsprechen. Diese „Pe-

gida-Analyse“ wollten offenbar zahlreiche Medien teilweise bis heute nicht zur Kenntnis nehmen. Mit der Berichterstattung waren deshalb fast 50 Prozent unzufrieden. Dresden wurde auch durch die Medien in ein falsches Licht gerückt.

Die Analyse von Prof. Vorländer hat zur Frage geführt weshalb gerade in Dresden Pegida so stark werden konnte und somit dem Image der Stadt großer Schaden zugefügt wurde. Innenminister Markus Ulbig hat das Anwachsen der Bewegung seit Oktober 2014 mit der geplanten Aufnahme von zusätzlichen Asylbewerbern in 13 dezentralen Einrichtungen und der damit verbundenen mangelhaften Kommunikation von Politik und Verwaltung in Verbindung gebracht. Das Thema unzureichende Kommunikation deckt sich auch mit der Analyse von Prof. Vorländer.

Hinzu kommt möglicherweise, und das ist schwer zu verifizieren, dass die Dresdner eine gewisse Scheu vor Veränderungen haben und eigentlich ihre Stadt vor nicht beherrschbaren Prozessen sowie Risiken, auch durch Asylsuchende, schützen wollen. Man hat kaum Erfahrungen mit Ausländern und befürchtet Zustände aufgrund mangelhafter Integration wie in einigen Großstädten. Ein Negativbeispiel ist Berlin-Neukölln.

Der Dresdner Schriftsteller Uwe Tellkamp hat die Dresdner Befindlichkeiten in seinem Roman „Der Turm“ beschrieben. Interessant ist aber auch, dass gerade Dresden seine heutige europäische Bedeutung u.a. durch italienische Baumeister sowie europäische Künstler erreicht hat. Hier ergibt sich eine gewisse Diskrepanz in den Wahrnehmungen und eine Unkenntnis der Dresdner Geschichte bei einigen Bürgern.

Es ist nunmehr Aufgabe der demokratischen Parteien offener zu kommunizieren, die Bürger in die Entscheidungsprozesse einzubinden, den Nichtwähleranteil deutlich zu reduzieren und für eine weltoffene und liberale Stadt einzutreten. Die extrem rechten und linken Akteure dürfen nicht weiter das Image von Dresden prägen. ■



# 19 Gründe, warum besorgte Bürger aus der Mitte unserer Gesellschaft an Kundgebungen von Pegida teilnehmen

Lars Kluger

1. Weil ein Großteil der 19 Pegida-Thesen Positionen entspricht, wegen der auch ich vor 20 Jahren in die CDU eingetreten bin und weil diese Positionen in der Neuausrichtung der Bundespartei CDU als „moderne Großstadtpartei“ aus dem Blickfeld geraten sind. Dort müssen sie aber wieder hin, wenn die CDU einen nennenswerten Teil der Bürger repräsentieren will, den sie mit ihrer derzeitigen Politik an den rechten Rand der Gesellschaft drängt.

2. Weil viele Menschen nach wie vor der Meinung der Bundeskanzlerin sind, dass deutsches Steuergeld nicht für die verfehlte Finanzpolitik Griechenlands ausgegeben werden soll. Die angeblich alternative Eurorettungspolitik wurde nie zur Diskussion gestellt, sondern denen übergestülpt, die sie bezahlen müssen. Diese Politik hat Europäer auf die Straßen zur Demonstration gegen Europäer getrieben und dem europäischen Gedanken massiv geschadet. Plötzlich nun scheint sie nicht mehr alternativlos, es wird gerechnet...

3. Weil die Mitte der Gesellschaft von führenden Politikern als Hetzer, Nazis in Nadelstreifen und komische Mischpoke bezeichnet wurde. Diese Politiker bleiben ohne Scham im Amt, maßen sich weiter die Deutungshoheit über gesellschaftliche Fragen an und stellen ihre Bezeichnungen für Mitbürger und friedliche Demonstranten nicht in Frage. Die Bitte um Entschuldigung des sächsischen Innenministers ist eine seltene Ausnahme geblieben.

4. Weil Mediendarstellung und Realität der Kundgebungen von Pegida drei Monate lang so weit voneinander abwichen, wie die Planübererfüllungsmeldungen der SED von den Schaufenstern der Gemüsegeschäfte in den 1980er Jahren in der DDR.

5. Weil auch in Zukunft das Recht auf Meinungs- und Demonstrationsfreiheit gelten muss, wenn unser Land ein freies bleiben soll – ohne dass deren Ausübung durch Politiker, Kirchenleitungen, Gewerkschaftsführer, Universitätsrektoren und Medien unter Interpretationsvorbehalt und Generalverdacht gestellt wird.

6. Weil freie Bürger aus der Mitte der Gesellschaft von Journalisten als Teilnehmer eines Mobs, als Wölfe und als Rassisten bezeichnet wurden. Dieselben Journalisten wundern sich, wenn ihnen kein Vertrauen entgegengebracht wird, Gespräche mit ihnen abgelehnt werden, sie als „Lügenpresse“ bezeichnet wurden.

7. Weil die Islamisierung unseres Landes in vollem Gange ist – vergleiche Hauptstadtbrief 126 von Heinz Buschkowsky (Bezirksbürgermeister Berlin-Neukölln) sowie sein Buch „Die andere Gesellschaft“. Weil der deutsche Verfassungsschutz vor 43.190 Islamisten in Deutschland als zahlenmäßig stärkste Gefahr für unser Land warnt (siehe Bundesverfassungsschutzbericht 2013, S. 205f. in Zsh. mit S. 70 und S. 140) und Pegida derzeit die einzige erkennbare Reaktionen darauf ist. Gibt es noch andere politische Reaktionen auf diese Bedrohung?

8. Weil so wie anderswo auch in meinem Stadtteil in Mickten Bewohner auf Drogenkriminalität hinweisen, z.B. im Asylbewerberheim Leipziger Straße 169. Viele Kinder warten jeden Tag fünf Meter entfernt auf die Straßenbahn. Weil sich am Dresdner Hauptbahnhof 40 tunesische Drogendealer mit der Polizei prügeln können und abends wieder auf freiem Fuß sind.

9. Weil auf den Gegendemonstrationen des vereinten Bündnisses aus Gewerkschaften, Parteien, Kirchen und Antifa-Linksextremis-

ten „Pegida Rassistenpack, wir haben euch zum Kotzen satt“ sowie „Deutschland verrecke“ und „Nie wieder Deutschland“ skandiert wird und weil Linksextremisten Polizisten zusammenschlagen, Steine werfen, Brandanschläge auf Bahnstrecken verüben, Polizeiwachen überfallen, Gerichtsgebäude angreifen und zu weiterer Gewalt aufrufen. Dass sich unsere Politiker, unsere Behörden und unsere Zivilgesellschaft gegen die mittlerweile alltägliche linksextremistische Gewalt wenden, ist nicht erkennbar. Wann wird eine Soko Liex gegründet, wann werden Bürger eine Kampagne „Gesicht zeigen gegen links“ unterstützen können? Bei den Pegida-Kundgebungen hingegen wehen viele Fahnen unseres Heimatlandes. Auch ich möchte nicht, dass es verreckt.

10. Weil die Oberbürgermeisterin unserer Stadt zu Gegendemonstration und Kundgebung aufgerufen hat und damit zur Demonstration gegen Bürger der Stadt Dresden, die sich berechnete Sorgen machen und denen die Freiheit am Herzen liegt.

11. Weil die Vorbereitung der Gegendemonstration durch Steuergelder aus dem Programm „So geht sächsisch“ finanziert wurde und weil die Stadtverwaltung die Veranstalter bspw. durch das Aufstellen mobiler Parkverbotsschilder auf dem Rathausvorplatz zur Einrichtung einer Aufmarschzone aktiv unterstützt hat.

12. Weil die Bürger häufig zum Dialog eingeladen wurden, die Einlader aber über mehrere Wochen „vergessen“ hatten, Ort, Datum und Uhrzeit mitzuteilen. Später wurde dann kritisiert, dass angeblich niemand auf das Dialogangebot eingehen wolle. Nun ist der Dialog in Gang gekommen. Welche konkreten politischen Veränderungen resultieren bisher daraus?

13. Weil den Bürgern eingeredet wird, man dürfe sich nicht an Veranstaltungen beteiligen, an denen Neonazis teilnehmen, aber gleichzeitig Straftaten wie die Blockade der Demonstration von Pegida stillschweigend toleriert wenn nicht gar wohlwollend einkalkuliert werden. Das würde bedeuten, dass man Spiele von Dynamo Dresden und anderen Fußballvereinen auch nicht besuchen darf. Wer legt fest, wer Extremist ist und welche Veranstaltungen betroffen sind – staatliche Institutionen wie Gerichte oder der von linker Meinungsmache geprägte Zeitgeist? Wie wird gesichert, dass in der Dresdner Menschenkette am 13. Februar keine Extremisten stehen? Ich meine, es ist besser, wenn den derzeitigen Entwicklungen in unserer Stadt und in unserem Land viele tausend Demokraten ihren Stempel aufdrücken, statt dass sich rechtsextremistische Hooligans mit der linksextremistischen Antifa prügeln, die Medien hässliche Bilder veröffentlichen und die Bürger unter den Tisch fallen.

14. Am 15.11.2014 habe ich gesehen und gehört, wie auf dem Theaterplatz eine Kundgebung gegen die Frühsexualisierung von Kindern mit 150 Teilnehmern durch 750 Gegendemonstranten niedergebrüllt, niedergepöfeln und niedergestrommelt wurde, auf deren Transparenten „Rudelfick statt

Physik“ und „Hätt´ Maria abgetrieben, wärt ihr uns erspart geblieben“ zu lesen war. Richter Dr. Lahmes, Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion, meinte zu mir, es sei ein schöner Protest in Hör- und Sichtweite. Unsere Dresdner Zeitungen berichteten zwei Tage später, wie gut alles verlaufen sei.

15. Weil in Lehr- und Bildungsplänen mehrerer Bundesländer die Frühsexualisierung von Kindern festgeschrieben wird und viele nicht wollen, dass ihre Kinder frühsexualisiert werden. Ich will das für meine fünf Kinder auch nicht.

16. Wir leben in einer Stadt, die sich bei einer Geburtenrate von 1,5 Kindern pro Frau mit dem Titel „Geburtenhauptstadt“ schmückt, statt für eine Familienpolitik einzutreten, die Mut zu mehreren Kindern macht. Geldgeschenke und deutlich verstärkte Betreuung von Kleinkindern in Gemeinschaftseinrichtungen haben sich in den vergangenen Jahren als bevölkerungspolitisch erfolglos erwiesen.

17. Meiner Frau droht für ihre Studienarbeiten an der TU Dresden ein Punktabzug von bis zu 5%, wenn sie keine gendergerechte Sprache benutzt. An anderen Universitäten ist der widernatürliche Genderirrtum einen Abzug von 10% wert.

18. Weil sich viele Teilnehmer von Kundgebungen nach Veröffentlichung der offensichtlich manipulierten Teilnehmerzahlen wundern. Während bei einem Konzert von Herbert Grönemeier der Neumarkt lt. Angaben der Polizei mit 25 Tsd. Interessenten überfüllt war und weitere auf den Theaterplatz ausweichen mussten, behaupteten die Veranstalter einer Kundgebung unter Schirmherrschaft von Ministerpräsident Tillich und Oberbürgermeisterin Orosz am 10.01.2015, es hätten 35 Tsd. Teilnehmer auf dem Neumarkt gestanden. An der Pegida-Kundgebung am 10.02.2015 sollen nach Polizeiangaben auf dem zur Hälfte gefüllten Neumarkt 2 Tsd. Teilnehmer gestanden haben, später wurde die Zahl auf 5 Tsd. korrigiert. Welche Zahlenmanipulationsagentur ist hier zwecks politisch korrekter Interpretation tätig und wo ist diese angebunden?

19. Zum Vorschlag, im Weihnachtsgottesdienst muslimische Lieder zu singen, haben beide deutschen Kirchen geäußert, man wolle das prüfen. Man prüft heute noch. Gleichzeitig hat mein evangelischer Landesbischof deutsche Weihnachtslieder bei der Pegida-Kundgebung als Missbrauch bezeichnet. ■



## Einladung zum traditionellen MIT-Fastenbieranstich am 31. März

Mit Prof. Dr. Roland Wöller MdL, Staatsminister a.D. als Ehrengast und Festredner können wir uns auf einen promovierten Volkswirtschaftler freuen, der seinen umfangreichen Erfahrungsschatz aus Wissenschaft, Verwaltung und Praxis nunmehr auch als Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr im Sächsischen Landtag einbringt. Musik, „Gerstensaft“ sowie deftige Speisen bilden dann den Rahmen für die Gäste des Fastenbieranstiches, um die Zeit für ausführliche Gespräche zu nutzen.

**MIT - Fastenbieranstich,  
31. März 2015, Einlass ab 19:00 Uhr**

Wenzel Prager Bierstuben,  
Königstraße 1, 01097 Dresden

**Vorverkauf:** MIT-Mitglieder: 10,- Euro,  
Nichtmitglieder: 15,- Euro

**Abendkasse:** 20,- Euro

Überweisung des Betrages auf  
folgende Bankverbindung:

MIT Kreisverband Dresden  
IBAN: DE83 850 503 00 0225735458  
BIC: OSDDDE81 XXX





# PEGIDA ausbuchstabieren

*Friedemann Brause und Joachim Klose*

Seit mehreren Monaten demonstrieren jeden Montag in Dresden und anderen deutschen Städten Menschen unter dem Namen PEGIDA. Die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ sprechen sich u.a. für eine strengere Auslegung des Asylrechts aus und fordern eine „Pflicht zur Integration“ für Menschen ausländischer Herkunft. Eine sachliche Diskussion zwischen PEGIDA-Befürwortern und -Gegnern blieb bislang oft auf der Strecke. Das Bildungsforum Sachsen der Konrad-Adenauer-Stiftung lud daher am 13., 14. und 15. Januar 2015 die interessierte Öffentlichkeit in die Dreikönigskirche Dresden ein, die aufgeworfenen Themen zu diskutieren. Unter dem Titel „PEGIDA ausbuchstabieren“ wurden die Hintergründe der Schlagworte, hinter die sich die Demonstranten stellen, analysiert: PE – Patriotische Europäer? GI – Gegen Islamisierung? DA – Des Abendlandes? Um PEGIDA und die weltweite Aufregung über die Demonstrationen zu verstehen, muss man sich mit den

verwendeten Begriffen auseinandersetzen, denn sie suggerieren Wahrheiten und prägen die politische Wahrnehmung. Die Gesprächspartner der Veranstaltungsreihe waren der Politikwissenschaftler Werner Patzelt und der Theologe Karlheinz Ruhstorfer von der TU Dresden, der Muslim und Islamwissenschaftler Daniel Roters von der Universität Münster und der Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz des Freistaates Sachsen, Gordian Meyer-Plath.

## **PE = Patriotische Europäer?**

Geographisch lässt sich Europa nur schwer abgrenzen. Sind Weißrussland, Russland oder die Türkei Teil Europas? Die Bevölkerung Europas durchmischt sich schon seit Jahrhunderten mit Menschen aus anderen Erdteilen. Politisch lasse sich Europa wohl am besten unter dem Schlagwort der freiheitlich-demokratischen Grundordnungen und pluralistischen Gesellschaften vereinen, so Prof. Patzelt. Der größte gemeinsame Nenner liege aber in einer europäi-

schen Kultur: „Europa ist ein Gebäude mit komplexer Baugeschichte und versunkenen Fundamenten – mit Anbauten, die später zum Haupthaus geworden sind.“ Hinter diesem Bild verbergen sich die Einflüsse der griechischen Philosophie, des römischen Staatsdenkens, der Einfluss der christlichen Kirche, aber auch das frühere Vorbild des „fruchtbaren Halbmonds“ zwischen Ägypten und dem Vorderen Orient. Nicht zuletzt sei Europa auch ein Produkt der Einwanderung „barbarischer Germanen“ in die Hochkulturen der Antike. Wer heute von Europa spreche, müsse sich dieser historischen Ursprünge bewusst sein. Europa habe sich erst nach Jahrhunderten zu dem entwickelt, was es heute ist: Gesellschaften, die auf freiheitlich-demokratischen Verfassungsordnungen fußen und sich auf eine gemeinsame Geschichte und Kultur berufen.

Dort, wo sich Menschen verantwortlich fühlen, wo sie etwas konservieren und hegen; dort, wo Menschen etwas Wertvolles



entdeckt haben, das sie gern weitergeben möchten, könne von Patriotismus die Rede sein. Zu Patriotismus gehöre auch der Stolz, einer Gruppe anzugehören, die etwas geleistet habe, und der Wille, sich mit diesen Errungenschaften auch in anderen Gruppen einzubringen. Patriotismus ist also kein Ausgrenzungsprinzip, sondern ein Integrationsprinzip. Heute wird aber häufig Patriotismus gegen Integration ausgespielt. Dabei gelte: „Patriotismus meint, das Eigene zu lieben und das Andere nicht abzuwerten.“ Daher ist es auch kein Problem, Patriotismus auf mehreren Ebenen zu leben. Genauso wie Menschen in Sachsen sich als Dresdner, Chemnitzer oder Leipziger Patrioten fühlen, könnte auch die europäische Bevölkerung patriotisch zugleich gegenüber Europa und ihren jeweiligen Heimatländern eingestellt sein. Erst wenn Patriotismus missverstanden werde als ein Prinzip zur Abschottung, etablieren sich Parallelgesellschaften.

Ausgehend von den Definitionen der Begriffe Europa und Patriotismus zeichneten sich drei Entwicklungsrichtungen ab: Erstens, die Gesellschaft könnte versuchen, Einwanderung abzuwehren und zu unterbinden. Zweitens, die Auseinandersetzungen und Polarisierungen zwischen den Bevölkerungsgruppen könnten geschürt werden. Und drittens, die europäischen Gesellschaften könnten die vorherrschende Kultur aufrechterhalten und gleichzeitig durch neue Einflüsse weiterentwickeln.

Damit eine Weiterentwicklung der europäischen Kultur funktioniere, müsse sich die politische Diskussion an zwei Mindestmaßstäben messen lassen: Einerseits müssten sich die Bürger der historischen Ursprünge ihrer Gesellschaftsordnung bewusst sein. Die freiheitlichen Werte Europas lassen sich erst dann wertschätzen, wenn wir wissen, zu welchen Kosten sie errungen wurden. Andererseits müssen wir uns klar werden, welche Werte zwingend erhalten werden müssen. Dazu zählen Liberalität, Pluralität und Demokratie, aber auch Neugier und „Lernen-Wollen“. Wenn fremde Einflüsse diese Basiswerte bedrohen, müssten demokratische Gesellschaften entschieden dagegen vorgehen. Diesbezüglich sollte man den Islam aber nicht als „reformresistent“ vorverurteilen und geduldig sein. Gefährlich

aber sind politische Strömungen, die eine einzelne Lesart des Islam zur Staatsreligion ausrufen wollen.

Bei der Frage, wie mit so genannten „Hasspredigern“ umzugehen sei, muss darauf geachtet werden, dass in Moscheen auf Deutsch gepredigt werde und in Deutschland lehrende Imame an staatlichen Universitäten ausgebildet worden sind.

Immer wieder wurde das „Multikulti-Denken“ infrage gestellt und kritisiert, dass sich Menschen mit ausländischer Herkunft, die schon seit Jahrzehnten in Deutschland lebten, nicht besser integrieren. Beobachtet wurde auch eine inhaltliche Schwäche, wenn es darum gehe, „Deutsch-Sein“ zu definieren: „Wenn ich mir selbst unsicher bin, bin ich unsicher gegenüber anderen“. Die Debatte um das Zusammenleben verschiedener Kulturen in Deutschland ist „vergiftet“. „Multikulti“ funktioniere nur unter einer „überwölbenden Kultur“, auf die sich die einzelnen Gruppen einigen. Die Selbstwahrnehmung vieler Deutscher schwankt zwischen Verleugnung der eigenen Kultur und „überkandidelter Deutschtümelei“. Lediglich zu sagen „Ich bin Deutscher“, ist keine Leistung.

Soziologische Untersuchungen des Phänomens PEGIDA zeigten jüngst, dass die Mittelschicht den Großteil der Demonstranten ausmache, gut gebildet und wohl situiert. PEGIDA ist in erster Linie auch ein „Ost-Phänomen“, da die Zustimmung zum System der Demokratie hier konstant niedriger ausfalle als in westlichen Bundesländern und Einwanderung bisher lediglich als „Elitenprojekt“ und nicht als Lebenswirklichkeit wahrgenommen werde.

#### **GI = Gegen Islamisierung?**

Wenn über „Islamisierung“ diskutiert würde, erfordere das ein hohes Maß an Einfühlungsvermögen, denn dabei muss auch das Leiden der Anderen, der Muslime in Deutschland, betrachtet werden. Wer Islamismus bekämpfen wolle, müsse mit der gleichen Kraft auch gegen Links- und Rechtsextremismus vorgehen. „Wenn mich jemand morgen wecken würde mit der Nachricht, alle Menschen in Deutschland sind über Nacht zu Muslimen geworden, wäre das für mich als professionellen Verfassungsschützer kein Problem“, äußert



Gordian Meyer-Plath,  
Präsident des Sächsischen Verfassungsschutzes

der Präsident des sächsischen Verfassungsschutzes, Gordian Meyer-Plath. Schließlich sei die freie Religionsausübung grundgesetzlich gesichert. „Was mich aber aufregt, ist der Islamismus, der politische Freiheiten abschaffen will.“

Für den Verfassungsschutz ist der Islamismus neben dem Rechts- und Linksextremismus die größte Bedrohungen der demokratischen Grundordnung. Ziel des Islamismus sei die Errichtung eines Gottesstaates. Zum extremistischen Phänomen habe sich der Islamismus seit den Anschlägen vom 11. September 2001 und speziell seit dem Ausbruch des syrischen Bürgerkriegs entwickelt. Etwa 1% der in Deutschland lebenden Muslime seien islamistischen Strömungen zuzurechnen, in Sachsen leben etwa 190 Islamisten. Von der Zahl der beobachteten Linksextremisten (750) und Rechtsextremisten (2300) werde der Islamismus in Sachsen weit übertroffen. Seit 2008 habe sich aber die Zahl der Islamisten in Sachsen mehr als verdoppelt. Die Gruppe der Islamisten ist äußerst heterogen und umfasse auch Konvertiten ohne Migrationshintergrund. Das Hauptaugenmerk richte der Verfassungsschutz auf den politischen und gewaltbereiten Salafismus. Der Salafismus orientiere sich am Kontext zur Zeit der Entstehung des Islam im 7. und 8. Jahrhundert und lehne Demokratie als unislamisch ab. Einerseits durch Mission und Propaganda, andererseits durch Aufrufe zur direkten bewaffneten Beteiligung im Kampf für die eigene Ideologie versuche der Salafismus,

neue Mitglieder zu gewinnen. Das stärkste Mittel des Verfassungsschutzes, um Organisationseinheiten und Geldflüsse zu durchbrechen, seien Vereinsverbote.

Die Radikalisierung von Menschen hin zum Islamismus werde gefördert durch eine Entfremdung zur vorherrschenden Kultur in Deutschland, aber auch der Suche nach Orientierung und Zugehörigkeit. Rekrutierungsvideos islamistischer Organisationen zeigen, dass der Kampf in Bürgerkriegsregionen vor allem dazu dienen solle, seine religiöse Pflichten zu erfüllen. Entsprechend sei das Feindbild der meisten Islamisten auch nicht nur „der Westen“, sondern auch (in den Augen der Extremisten) vom Glauben abgefallene Muslime.

Die Zahl der „Jihad-Ausreisen“ von Sachsen nach Syrien und in den Irak habe sich seit Juli 2013 etwa versechsfacht. Die rückkehrenden Kämpfer aus den Bürgerkriegen bedeuteten für die demokratische Grundordnung Sachsens eine Gefahr und müssten intensiv beobachtet werden. Gemeinsam mit den muslimischen Verbänden und Autoritäten muss sich die Gesellschaft stärker

gegen die religiöse Radikalisierung engagieren: So wie Fußballvereine eine Verantwortung hätten, gewaltbereiten Hooligans unter ihren Fans entgegenzutreten, müssten auch die islamischen Gemeinden und Verbände radikalisierte Mitglieder isolieren und nötigenfalls bei den staatlichen Behörden anzeigen.

Daniel Roters, islamischer Theologe an der Universität Münster und selbst gläubiger Moslem, unterstützt die Forderung nach solchen Deradikalisierungs-Programmen. Er wünscht sich für die deutsche Gesellschaft aber auch, dass sie Muslime als selbstverständlichen Bestandteil wahrnehme. Während sich in Frankreich nach den Anschlägen von Paris sämtliche Bevölkerungsschichten solidarisierten, instrumentalisierten hierzulande Gruppierungen wie PEGIDA die Proteste für die eigene politische Agenda. Muslime sind seit Jahrhunderten ein Teil Europas. So gibt es seit mehr als 400 Jahren in Bosnien eine muslimische Mehrheit. Die erste offizielle islamische Gemeindegründung in Deutschland hat es bereits im 18. Jahrhundert gegeben. Die angestrebte Einrichtung von islami-

schen Lehrstühlen oder islamischem Religionsunterricht ist daher kein Zugeständnis an die Muslime, sondern lediglich eine notwendige Reform der Religionspolitik, welche die freie Religionsausübung ernstnehme. Erst wenn die islamische Religion auch im Alltag sichtbar werde, könne die „Blindheit gegenüber Religion“ überwunden werden. Anderenfalls speist sich die Wahrnehmung des Islams nur aus den Medien. Danach werden Muslime nur im Kontext islamistischer Anschläge wahrgenommen. Die Proteste der PEGIDA sind scharf zu verurteilen, weil die „Floskel vom christlichen Abendland“ den jahrhundertealten Wissens-, Kultur- und Warenaustausch östlicher und westlicher Kulturkreise leugne. Außerdem stellt PEGIDA den Islam so dar, als ob es keinen internen und interreligiösen Denkprozess gegeben hätte. „Kant und Koran zu lesen, ist kein Widerspruch.“ Ob der Islam mit demokratischen Grundwerten vereinbar ist, wurde in der Diskussion hinterfragt und es wurde gefordert, dass es eine von innen geführte Reform des Islam geben müsse. Im Übrigen geben nach neuesten Erkenntnissen nur ein Viertel der







Diskussion mit Prof. Karlheinz Ruhstorfer

PEGIDA-Teilnehmer für ihr Engagement als Hauptgrund an, sich gegen die Islamisierung des Abendlandes zu richten.

#### DA = Des Abendlandes?

Es ist verwunderlich, dass die PEGIDA-Demonstrationen das christliche Abendland retten möchten, obwohl in Dresden selbst etwa 75% der Menschen keiner Kirche angehören. Umfragen zeigen, dass sich dies auch bei den Demonstranten so widerspiegelt. Die kulturellen Wurzeln des Abendlandes lassen sich nicht nur auf den heute mit dem Abendland gleichgesetzten „Westen“ reduzieren. Griechische Philosophie, aber auch die kulturelle Tradition Ägyptens hätten die abendländische Kultur entscheidend beeinflusst, so Prof. Ruhstorfer. Die großen Buchreligionen Judentum, Christentum und Islam berufen sich teilweise auf dieselben religiösen Quellen und Gründungsfiguren. So stammte Abraham (im Islam: Ibrahim) aus dem Gebiet des heutigen Irak. Aus diesem Grund können ein gläubiger Muslim und ein gläubiger Christ mehr Gemeinsamkeiten miteinander haben, als ein Christ und ein Atheist. Noch der Sozialphilosoph John Locke habe bemängelt, dass Atheisten ohne einen Gottesbezug nicht in der Lage wären, einen verbindlichen Eid abzulegen. Bei aller historischen Übereinstimmung zwischen den Religionen entscheide aber die Auslegung der Schriften über die

Wertvorstellungen der jeweiligen Kulturkreise. So lassen sich z.B. auch große Unterschiede zwischen den westlichen und den orthodoxen Kirchen erkennen. Worin liegen die Prinzipien der westlichen Kultur? Diese Frage steht in enger Verbindung zum christlichen Menschenbild:

- Als einzige Religion hebe das Christentum die Grenze zwischen Gott und Mensch auf, indem Gott in Jesus zum Menschen wurde und damit auch „den Menschen zu Gott werden“ lasse.
- Die Armen und Benachteiligten einer Gesellschaft werden als erste Heilempfänger in der christlichen Botschaft genannt.
- Religion und Staat werden im Christentum als getrennt verstanden. Diese christlichen Grundprinzipien sorgten dafür, dass von Europa und später von den USA aus die Menschenrechte und eine demokratische Grundordnung verbreitet wurden. Allerdings bedeute das nicht gleichzeitig, dass die Kirchen selbst diese Errungenschaften stets vorangetrieben hätten. Bis in das mittlere 20. Jahrhundert hinein haben die deutschen Kirchen Widerstand gegen die Pressefreiheit und Demokratie geleistet. Vor 100 Jahren konnten man nicht gleichzeitig Katholik und Demokrat sein. Erst die Katastrophen der beiden Weltkriege machten eine

vollständige Öffnung der deutschen Gesellschaft hin zu westlichen Werten möglich. Wenn im deutschen Grundgesetz von der „Verantwortung vor Gott“ die Rede ist, schließt das andere Religionen nicht aus. Damit ist auch der Gott der Muslime gemeint. Insbesondere Christen müssten wissen, wie schmerzhaft religiöse Reformprozesse seien, und sollten deshalb die Muslime bei der Anpassung ihrer Religion an westliche Werte unterstützen. An der Verteidigung der Werte des „Abendlandes“ müssen sich alle gesellschaftlichen Gruppen beteiligen. Insofern ist auch nicht der Islam oder die Islamisierung die Bedrohung, sondern wenn Menschen nicht mehr an das politische System und dessen Werte glaubten. Wir dürfen die religiösen Ressourcen nicht vertrocknen lassen, selbst die Säkularisierung ist auf christlichem Boden gewachsen. Für eine Gesellschaft ist es wichtig, aufgeklärte Religion nicht absterben zu lassen, weil ohne sie wichtige Sinn- und Moralquellen fehlen würden.

Eine vollständige Dokumentation der Veranstaltungsreihe „PEGIDA ausbuchstabieren“ inklusive der Audiomitschnitte der Vorträge und Diskussionen finden Sie unter: [www.kas.de/sachsen](http://www.kas.de/sachsen). Der Bürgerdialog zu PEGIDA wurde bereits am 28.1.2015 fortgesetzt. ■



# "Dresden war eine Zeitenwende"

## 25. Jahrestag der Rede von Helmut Kohl vor der Ruine der Frauenkirche

Benjamin Gaul,  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Am 19. Dezember 1989 besuchte der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl Dresden und hielt vor der Frauenkirche seine vielleicht schwierigste Rede, wie er in seinen Memoiren schrieb. In einer höchst angespannten Zeit fand er dennoch die richtigen Worte, als er zehntausende Demonstranten als "liebe Landsleute" begrüßte und versprach, bei seinem Streben nach einer deutschen Wiedervereinigung Verbündete und Nachbarländer einzubinden. Auf den Tag 25 Jahre später kamen über 600 Gäste nach Dresden, um den Kanzler der Einheit im Albertinum zu feiern.

"Im Herbst 1989 demonstrierten Zehntausende für die Freiheit und die Revolution blieb Gott sei Dank friedlich", sagte Dr. Hans-Gert Pöttering in seiner Eröffnung. Doch nach dem Mauerfall habe die Ungewissheit eingesetzt, so der Vorsitzende der Adenauer-Stiftung und Präsident des Europäischen Parlaments a.D. "Die Menschen wollten die Einheit, aber viele hatten Angst, dass die Revolution scheitert und ihr Traum platzt." Doch Kohl habe erkannt, dass die Einheit schneller als erwartet kommen könnte und "seine Rede war ein Schlüsselereignis auf dem Weg zur Einheit unseres Vaterlandes". Helma Orosz erinnerte daran, dass die rückblickend scheinbar selbstverständliche Abfolge von Mauerfall, Verhandlungen und

Wiedervereinigung mitnichten zwingend war. "Doch Helmut Kohl hatte eine klare politische Agenda: Wiedervereinigung ja, aber nur mit Zustimmung der Verbündeten und eingebettet in Europa", so Dresdens Oberbürgermeisterin. Dieser Kurs, zusammen mit der Botschaft der DDR-Bürger ‚Wir sind ein Volk‘, habe den Weg zur deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 geebnet.

### "Nach Dresden war alles anders als davor"

"Personen machen Geschichte, doch gleichzeitig formt die Geschichte Persönlichkeiten", sagte Wolfgang Schüssel in seiner Festrede. Der Kommunismus sei 1989 am Ende gewesen, der Rüstungswettlauf für die Sowjetunion verloren und der Eiserne Vorhang nicht mehr finanzierbar, so Österreichs ehemaliger Bundeskanzler. Doch auch er erinnerte daran, dass seinerzeit nicht sicher war, ob die Revolution friedlich bleiben würde, wie das Massaker auf dem Platz des Himmlichen Friedens in Peking mit tausenden Toten nur Wochen zuvor gezeigt hatte. Denn es gab Kräfte, die Michail Gorbatschow aufgefordert hätten, militärisch einzugreifen. "In dieser angespannten Gemengelage hätte ein falscher Zungenschlag in Kohls Rede alles gefährdet." Am Ende sei jedoch ein "Kunstwerk" dabei herausgekommen, das alle Beteiligten abgeholt und eingebunden habe.



Festrede von Dr. Wolfgang Schüssel  
Copyright KAS-Urban

"Nach Dresden war alles anders als davor, es war eine Zeitenwende." Schüssel wagte einen Ausblick, indem er Lehren aus dieser Zeit für heute zog. "Politik bedeutet, zu entscheiden und das oft in drehbuchfreien Momenten. Doch wer entscheidet, muss Kritik aushalten können." In diesem Zusammenhang warb er um mehr Verständnis für die politischen Handelnden, die in ihren Entscheidungen oftmals alleine seien. "Gerade dann ist es jedoch wichtig, enge Berater zu haben, die einem auch widersprechen, wenn es einmal nötig ist." Grundsätzlich spiele Vertrauen in der Politik damals wie heute eine entscheidende Rolle. Keiner habe damals mehr in alle Richtungen mit allen Beteiligten kommuniziert als Helmut Kohl, so Schüssel. Deshalb hätten am Ende auch alle gewusst, "dass wir uns auf den Riesen verlassen können". Diese Vorarbeit sei wichtig gewesen, denn die Menschen bräuchten nicht nur Entscheidungen, sondern auch Erklärungen und sie wollen mitgenommen werden.

### "Das Erbe der friedlichen Revolution muss uns Verpflichtung sein"

In seinem Schlusswort dankte Stanislaw Tillich dem Altkanzler im Namen Sachsens. "Als Sie die Demonstranten mit ‚liebe Landsleute‘ begrüßten, zeigte das Verbundenheit und die Nachricht ‚wir lassen euch nicht im Stich‘, so der Ministerpräsident des Freistaates. 25 Jahre nach dem Fall der Mauer sollte man nun nicht mehr von Ost und West, Alten und Neuen Bundesländern sprechen, denn über alle regionalen Besonderheiten hinweg bleiben wir alle Deutsche". Er sei den Bürgern im Westen dankbar dafür, dass sie seit



Dr. Helmut Kohl - Copyright KAS-Urban

der Wende auf einen Teil ihres Wohlstands verzichtet haben, um den Osten aufzubauen. Bezugnehmend auf die aktuellen PEGIDA-Proteste in Dresden und anderswo, lautete sein Appell: "Zeigen wir diese Solidarität auch denen, die heute zu uns kommen. Kohl hat in seiner Rede damals gesagt, dass aus Ängsten nichts Gutes wachsen kann." Daher dürfe man heute nicht zulassen, dass die Sorgen der Menschen zu Ängsten würden. "Das kostet Überwindung und Einsatz, aber das Erbe der friedlichen Revolution muss uns Verpflichtung sein."

Auch Pöttering schlug in seiner Rede einen Bogen zu PEGIDA und fand deutliche Worte. "Es darf bei uns keinen Platz für Fremden-, Islam- oder Menschenfeindlichkeit geben, denn das ist weder patriotisch noch europäisch." Gleichzeitig warnte er, sich nicht für falsche Zwecke missbrauchen zu lassen, denn die Geschichte habe uns gelehrt, wohin das führen kann. Orosz kritisierte PEGIDA dafür, sich mit 'Wir sind das Volk' auf den Schlachtruf von damals zu beziehen, denn die Protestbewegung missbrauche ihn heute als Abgrenzung zu anderen. Dennoch mahnte sie,

die Sorgen der Menschen anzuhören. "Doch wir dürfen uns auch nicht scheuen, unbequeme Wahrheiten zu verkünden." Auch in dieser Hinsicht sei die Rede von Kohl ein wertvolles Leitbild. ■

*Hinweis:*

*Aus Anlass des 25-jährigen Jubiläums der Deutschen Wiedervereinigung startet das Politische Bildungsforum Sachsen im April eine Vortragsreihe unter dem Titel "Wie schmeckte die BRD?". Weitere Informationen folgen in Kürze. Der Versand der Flyer erfolgt Anfang März.*

## Jetzt noch anmelden!

Nur noch wenige freie Plätze für den Rhetorik-Workshop am 20./21. März

Jeder, der in der Öffentlichkeit steht und sich des Wortes als Medium bedient, sollte sich mit den Grundlagen von Rede und Körpersprache vertraut machen. In einer Gesellschaft, in der die öffentlichen Medien eine große Rolle spielen, wird auf die Ausdrucksformen größter Wert gelegt. Sie sind herzlich eingeladen, sich im Rahmen dieses Workshops mit den Grundlagen von Rhetorik und Körpersprache vertraut zu machen. Ziel ist es, in kleinen Gruppen gezielt an den Darstellungs- und Ausdrucksformen der jeweiligen Teilnehmer zu arbeiten und praktische Hinweise für das tägliche Handwerk zu geben.

### Fit für die Demokratie! – Rhetorik, Körpersprache und Medien

Workshop vom 20.–21. März 2015 im Bildungsforum Sachsen der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., mit: Brigitte Trübenbach, Sprech- und Stimmbildnerin und dem Schauspieler Olaf Hais

Die Teilnahmegebühr beträgt 70 € pro Person. Anmeldung und Informationen zum Programm unter [kas-sachsen@kas.de](mailto:kas-sachsen@kas.de) oder 0351/ 563446-0. ■



## Jetzt schon vormerken: Kunstvoll genießen statt zwanghaft gesund?

Familienseminar der Konrad-Adenauer-Stiftung vom 11. bis 13. September



Das Streben nach Gesundheit ist für viele Menschen zu einer Art Ersatzreligion geworden, mit der sie versuchen, ihr religi-

öses Vakuum zu füllen. Heutzutage leben viele Menschen nur noch vorbeugend und verstehen nicht, dass Gesundheit eine Rahmenbedingung für das Leben ist, nicht aber das Leben selbst. Laut der WHO ist Gesundheit das völlige körperliche, seelische und soziale Wohlbefinden. Wie gesund sind wir wirklich? Ist Gesundheit nicht eher das Maß an Krankheit, das es uns noch erlaubt, unseren wesentlichen Beschäftigungen nachzugehen? Steht der Genuss des Lebens nicht

über dem zwanghaften Gesundsein? Bei unserem Familienwochenende im Bischof-Benno-Haus Schmochtitz wollen wir dieses Thema aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchten. Für die Kinderbetreuung ist gesorgt, sodass die Eltern problemlos am Seminare geschehen teilnehmen können.

Weitere Informationen zur Anmeldung sowie zum Programm werden in Kürze bekanntgegeben. ■

# Junge Union startet schwungvoll und geschlossen ins Jahr 2015

Alexander Seedorff



2015 ist gerade einmal wenige Wochen alt und schon werfen zahlreiche wichtige Ereignisse ihre Schatten voraus. Deshalb verzichteten wir auf unserer ersten Mitgliederversammlung in diesem Jahr auf ausschweifende Rückblicke und stellten Anfang Februar lieber die ersten Weichen für eine erfolgreiche Bewältigung der in den nächsten Monaten anstehenden Herausforderungen.

30 JU'ler waren der Einladung in das Restaurant Rosengarten gefolgt. In Vorbereitung auf den Landestag der JU Sachsen & Niederschlesien im April folgten sie aufmerksam den Ausführungen von Alexander Dierks. „Während ich in anderen Kreisverbänden oft dieselben Personen antreffe, begegne ich während meiner Besuche in Eurem Kreise stets zu zwei Dritteln neuen Gesichtern“, würdigte der Landesvorsitzende den bemerkenswerten Mitglieder-

zuwachs unseres Kreisverbandes. Mit der einstimmigen Nominierung unserer Kandidaten für den JU-Landesvorstand, verdeutlichten wir anschließend, dass wir auch mit zahlreichen Neumitgliedern an Bord weiterhin eine schlagkräftige Einheit bilden. Mit Hans-Jürgen Rosch und Anne Heimann schickt Dresden erneut zwei starke Charaktere mit Gestaltungsanspruch Richtung Landesebene.



Ebenfalls geschlossen zeigten wir uns beim Unterstützungsvotum für Staatsminister Markus Ulbig. Dieser hatte sich bereits Anfang Dezember in einer mitgliederoffenen Vorstandssitzung den kritischen Fragen von rund 30 JU'lern gestellt. Danach war für uns klar: Dieser Mann kann Oberbürgermeister – und zwar für alle Generationen! Doch bevor die ersten Ärmel für den Wahlkampf hochkrepelt werden, standen die aktuellen Themen der Dresdner Politik im

Fokus. Dazu begrüßten wir mit Jan Donhauser und Christian Hartmann die bestmöglichen Gesprächspartner in unserer Runde. Beide betonten, dass die CDU trotz der schwierigen Mehrheitslage im Stadtrat weiterhin den Anspruch hat, mit sachlich-überzeugenden Argumenten um Mehrheiten zu werben und zugleich klare Position zu beziehen. „Dazu bedarf es Mut – auch und erst recht beim Parteinachwuchs!“, forderte Hartmann. Natürlich ließen wir uns nicht lange bitten und so entstand eine rege Diskussion, bei der auch gegensätzliche Meinungen bspw. bezüglich der geplanten Bettensteuer ausgetauscht wurden.

Abschließend geklärt werden konnte freilich nicht alles. Doch spätestens bei unserem traditionellen Frühjahrsempfang am 20. März 2015 können die Gespräche vertieft werden. Zum 20. Jubiläum unseres Jahreshauptereignisses dreht sich dabei alles um die Gründerkultur im Freistaat und optimale Bedingungen für innovative Start-Ups. Dazu begrüßen wir Ministerpräsident a.D. Prof. Dr. Kurt Biedenkopf als Ehrengast und Impulsredner. Darüber hinaus wird Markus Ulbig ein Grußwort an unsere Gäste richten. Unter dem Motto „Weichen auf Zukunft“ werden auch an diesem Abend wieder richtungsweisende Entscheidungen im Mittelpunkt stehen. ■



Terminhinweis

## „Weichen auf Zukunft“

20. Frühjahrsempfang der Jungen Union Dresden

Wir bringen die erfolgreichen Entscheider aus 25 Jahren Freistaat Sachsen mit den Impulsgebern von heute und morgen zusammen.

<b>Zeit</b>	20. März 2015, ab 18:00 Uhr
<b>Ort</b>	SupraTrans   Straße des 17. Juni 25, 01257 Dresden
<b>Grußwort</b>	Staatsminister Markus Ulbig MdL
<b>Ehrengast</b>	Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, Ministerpräsident a.D.

Mehr unter: [www.ju-dresden.de](http://www.ju-dresden.de)



**JU**  
JUNGE UNION  
DRESDEN



# Bürgerbegehren für vier stadtweite, verkaufsoffene Sonntage im Jahr

Die Unterzeichner beantragen einen Bürgerentscheid gemäß § 24 SächsGemO zu folgendem Entscheidungsvorschlag:

## Unter Beachtung der gesetzlichen Möglichkeiten werden in Dresden vier stadtweite, verkaufsoffene Sonntage im Jahr – davon zwei im Advent – wieder eingeführt.

### Begründung:

Mit diesem Bürgerbegehren soll erreicht werden, dass die Stadt Dresden von der Möglichkeit zur Gestattung von jährlich vier stadtweiten, verkaufsoffenen Sonntagen aus besonderem Anlass wieder Gebrauch macht. In den letzten beiden Jahrzehnten war es üblich, dass die Dresdner Geschäfte zu besonderen Anlässen, an ausgewählten Sonntagen öffnen dürfen. Bei Dresdnern und Touristen haben sich diese einkaufsoffenen Sonntage besonders in der Adventszeit großer Beliebtheit erfreut. Die verkaufsoffenen Sonntage haben insoweit auch zur Attraktivität der Stadt bei Gästen aus dem In- und Ausland beigetragen. Davon haben neben den Kunden nicht nur der Dresdner Einzelhandel als einer der größten Arbeitgeber profitiert, sondern über entsprechende Zuschläge auch die betroffenen Mitarbeiter des Einzelhandels, die Gastronomie und über Steuermehreinnahmen letztlich auch die Stadt Dresden.

Im Jahr 2012 wurden die Möglichkeiten für Sonntagsöffnungen in Sachsen im Rahmen einer Gesetzesnovelle nochmals präzisiert. Während man in anderen sächsischen Städten, beispielsweise in Leipzig und Chemnitz, die Möglichkeit ganz selbstverständlich nutzt, soll es in Dresden künftig überhaupt keine stadtwweiten, verkaufsoffenen Sonntage mehr geben. Das häufig vorgebrachte Argument, dass der Sonntagsverkauf für die Händler unzumutbare zusätzliche Belastungen mit sich bringen würde, trägt nicht. Denn letztlich entscheidet jeder Einzelhändler und auch jeder Kunde selbst, ob er von der Möglichkeit der Sonntagsöffnung tatsächlich Gebrauch machen möchte oder nicht.

**Kostendeckungsvorschlag:** Der Vorschlag verursacht für die Stadt Dresden keine Kosten.

**Hinweis:** Unterschriftsberechtigt sind nur Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt Dresden. Jede abstimmungsberechtigte Person darf das Begehren nur **einmal** und nur **persönlich** unterstützen.

Lfd. Nr.	Unterschriftsdatum:	Familienname: (bitte Druckbuchstaben)	Vorname: (bitte Druckbuchstaben)	Geburtsdatum:	Wohnort	PLZ	Straße, Hausnummer: (bitte Druckbuchstaben)	Unterschrift:	Prüfmerk der Stadt (bitte freihalten)
1					Dresden				
2					Dresden				
3					Dresden				
4					Dresden				
5					Dresden				
6					Dresden				
7					Dresden				
8					Dresden				
9					Dresden				
10					Dresden				

Zur Entgegennahme von Mitteilungen und Entscheidungen der Gemeinde und zur Abgabe von Erklärungen sind berechtigt:

Vertrauensperson  
Herr Hölger Zastrow  
FDP Kreisverband Dresden  
Radebeurger Straße 51, 01099 Dresden

Stellvertretende Vertrauensperson  
Herr Christian Hartmann  
CDU Kreisverband Dresden  
An der Kreuzkirche 6, 01067 Dresden

Bitte schicken Sie die ausgefüllten Listen an: Bürgerstimme Dresden e.V., Radebeurger Str. 51, 01099 Dresden  
weitere Informationen unter: [www.burgerstimme-dresden.de](http://www.burgerstimme-dresden.de)  
[info@burgerstimme-dresden.de](mailto:info@burgerstimme-dresden.de)

**FREIE SEITE ZUM  
HERAUSTRENNEN DES  
BÜRGERBEGEHRENS**



# Bürgerbegehren zur Königsbrücker Straße

Die Unterzeichner beantragen einen Bürgerentscheid gemäß § 24 SächsGemO zu folgendem Entscheidungsvorschlag:

## Die Sanierung der Königsbrücker Straße ist so schnell wie möglich einzuleiten; hierzu ist die vom Stadtrat am 16.04.2014 beschlossene Planungsvariante umgehend zur Planfeststellung einzureichen und entsprechend umzusetzen.

### Begründung:

Die Grundsatzentscheidung zum Ausbau der Königsbrücker Straße erfolgte bereits 2003. Seitdem wurden immer neue Ausbauplanungen diskutiert. Nachdem sich der Stadtrat im April 2014, nach über einem Jahrzehnt endlich auf die im Beschlussvorschlag dieses Bürgerbegehrens genannte Variante der Entwurfsplanung einigen konnte (V2263/13 - SR/067/2014) und das Planfeststellungsverfahren starten sollte, hat die neue Stadtratsmehrheit im Dezember 2014 einen neuerlichen Prüfauftrag an die Verwaltung erteilt. Dies führt zu einer weiteren, erheblichen Zeitverzögerung. Und auch ohne diesen neuen Prüfauftrag betragen die Planungskosten schon jetzt über 2,1 Million Euro.

Es wurde lange genug geprüft! Die Debatte um den Ausbau der Königsbrücker Straße muss ein Ende haben. Die Sanierung ist überfällig – kostengünstig, stadtteilverträglich und ohne unnötige Einschränkungen der Verkehrsdurchlässigkeit der Straße. Denn Dresdens Bevölkerung wächst seit Jahren kontinuierlich. Der anhaltende Bevölkerungszuwachs spiegelt sich auch in den prognostizierten Verkehrsspelegungszahlen für das Jahr 2025 wieder. Diese gehen von einer steigenden Verkehrsbelastung aus. Um mit dieser Entwicklung Schritt halten zu können, braucht Dresden ein leistungsfähiges Hauptstraßennetz. Nur dadurch lassen sich unerwünschte Schleichverkehre durch angrenzende Wohngebiete und eine staubdingige Verschlechterung der Luftqualität wirksam vermeiden. Die Durchlässigkeit der Königsbrücker Straße als wichtigste Nord-Süd-Verbindung und Verkehrsanbindung zum Flughafen sowie den Industrie- und Gewerbegebieten im Dresdner Norden darf im Ergebnis der Sanierung nicht eingeschränkt werden. Leipziger Straße, Bodenbacher Straße und Lennéstraße zeigen uns die Folgen derartiger Fehlplanungen.

Mit diesem Bürgerbegehren soll die zeitnahe Sanierung der Königsbrücker Straße erreicht werden. Die vom Stadtrat beschlossene Variante der Entwurfsplanung entspricht im Wesentlichen einer Sanierung im Bestand, unter Beibehaltung der jetzigen Fahrbahnbreite und der befahrbaren Gleise, ergänzt um Radwege und ausgebaut Parkflächen. Diese Variante zeichnet sich im Vergleich zu allen anderen diskutierten Planungen auch durch die höchste Reisegeschwindigkeit der Straßenbahn aus. Sie stellt insoweit einen gelungeneren Ausgleich zwischen den Interessen aller Verkehrsteilnehmer dar.

**Kostendeckungsvorschlag:** Der Vorschlag verursacht keine zusätzlichen Kosten für die Stadt Dresden. Die Maßnahme ist im städtischen Haushalt bereits eingestellt.

**Hinweis:** Unterschriftsberechtigt sind nur Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt Dresden. Jede abstimmungsberechtigte Person darf das Begehren nur einmal und nur persönlich unterstützen.

Lfd. Nr.	Unterschriftsdatum:	Familiename: (bitte Druckbuchstaben)	Vorname: (bitte Druckbuchstaben)	Geburtsdatum:	Wohnort	PLZ	Straße, Hausnummer: (bitte Druckbuchstaben)	Unterschrift:	Prüfmerk der Stadt (bitte freihalten)
1					Dresden				
2					Dresden				
3					Dresden				
4					Dresden				
5					Dresden				
6					Dresden				
7					Dresden				
8					Dresden				
9					Dresden				
10					Dresden				

Zur Entgegennahme von Mitteilungen und Entscheidungen der Gemeinde und zur Abgabe von Erklärungen sind berechtigt:

Vertrauensperson  
Herr Christian Hartmann  
CDU Kreisverband Dresden  
An der Kreuzkirche 6, 01067 Dresden

Stellvertretende Vertrauensperson  
Herr Holger Zastrow  
FDP Kreisverband Dresden  
Radeberger Straße 51, 01099 Dresden

Bitte schicken Sie die ausgefüllten Listen an: Bürgerstimmte Dresden e.V., Radeberger Str. 51, 01099 Dresden  
weitere Informationen unter: [www.buergerstimme-dresden.de](http://www.buergerstimme-dresden.de)  
[info@buergerstimme-dresden.de](mailto:info@buergerstimme-dresden.de)

**FREIE SEITE ZUM  
HERAUSTRENNEN DES  
BÜRGERBEGEHRENS**



## Termine Ortsverbände

04.03.	19.00 Uhr	OV Blasewitz / Striesen	Ortsverbandsvorstandssitzung	Wahlkreisbüro Modschiedler
09.03.	19.00 Uhr	OV Dresdner Süden	Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahl	Feldschlösschen Stammhaus
10.03.	19.00 Uhr	OV Neustadt	Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahl	Wenzel Prager Bierstube
14.03.	10-12 Uhr	OV Blasewitz / Striesen	Infostand	Schillerplatz
18.03.	18.00 Uhr	OV Pieschen	Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahl	Trobischhof
18.03.	19.00 Uhr	OV Neustadt	mitgliederoffene Vorstandssitzung	Gaststätte "Am Thor"
18.03.	19.30 Uhr	OV Blasewitz / Striesen	Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahl	SchillerGarten
23.03.	17.30 Uhr	OV Neustadt	Ortsbeirat Neustadt	Ortsamt Neustadt
25.03.	19.00 Uhr	OV Pieschen	Dämmerschoppen	Trobischhof
10.04.	18.30 Uhr	OV Neustadt	mitgliederoffene Vorstandssitzung	Gaststätte "Am Thor"
13.04.	17.30 Uhr	OV Neustadt	Ortsbeirat Neustadt	Ortsamt Neustadt
20.04.	19.00 Uhr	OV Dresdner Süden	Wohnen im Dresdner Süden, zu Gast: Amtsleiter des Stadtplanungsamtes Stefan Szuggat, angefragt: OB-Kandidat Markus Ulbig	Feldschlösschen Stammhaus
29.04.	19.00 Uhr	OV Pieschen	Dämmerschoppen mit Arnold Vaatz MdB	Trobischhof

## Weitere Termine

04.03.	19.00 Uhr	<b>MIT:</b> Stammtisch mit OB-Kandidat Staatsminister Markus Ulbig Mdl. (u.a. Diskussion mit dem OB-Kandidaten zu wichtigen Fragen der kommunalen Wirtschaftspolitik und deren Niederschlag in seinem Wahlprogramm), Um vorherige Anmeldung wird gebeten an: MIT-Geschäftsführer Axel Teuber (E-Mail: axel.teuber@saxsecure.de)	Wenzel Prager Bierstuben
14.03.	09:30 Uhr	<b>Junge Union:</b> „Stadt und Land – Gemeinsam erfolgreich“ gemeinsame Workshopveranstaltung des RPJ und der Jungen Union Dresden, Meißen, Bautzen und SOE	Hotel Residence in Bautzen
17.03.	11.30 Uhr	<b>MIT:</b> Vorstandssitzung	Chiaveri
20.03.	18.00 Uhr	<b>Junge Union:</b> 20. Frühjahrsempfang „Weichen auf Zukunft“	SupraTrans, Straße des 17. Juni 25
20.03.	19.00 Uhr	<b>AK Europa PLUS:</b> „Integration geht doch?! Unternehmer berichten“ u. a. mit dem Görlitzer Landtagsabgeordneten Octavian Ursu	Wahlkreisbüro Martin Modschiedler

## Termine Kreisvorstand

13.04.	17.30 Uhr	geschäftsführender Vorstand
13.04.	19.00 Uhr	Kreisvorstand
24.04.	17.00 Uhr	Kreisparteitag zum OB-Wahlprogramm

### Öffnungszeiten der CDU-Kreisgeschäftsstelle

Mo, Do	09 Uhr - 12 Uhr & 13 Uhr - 16 Uhr
Di	09 Uhr - 12 Uhr & 13 Uhr - 17 Uhr
Mi	09 Uhr - 12 Uhr
Fr	09 Uhr - 12 Uhr & 13 Uhr - 15 Uhr

Individuelle Termine sind nach tel. Absprache möglich.

Der nächste Kreisparteitag zum Oberbürgermeisterwahlprogramm wird am Freitag den 24. April 2015, 17 Uhr stattfinden.

Die offizielle Einladung geht Ihnen fristgemäß zu.

Nr.: F11476

**Herausgeber:**

CDU-Kreisverband Dresden  
Rähnitzgasse 10, 01097 Dresden

**PVST. Entgelt bez.**

**Deutsche Post AG**



### Ansturm von Asylbewerbern benötigt praxistaugliche Lösungen

➔ Daniela Walter, sozialpolitische Sprecherin  
E-Mail: walter@dresden-cdu.de

Seit einigen Monaten ist das Thema „Asyl“ ein bestimmendes nicht nur für Dresden, sondern auch für Sachsen, Deutschland und ja weltweit insgesamt. Aktuell war von der „Asyl-“ beziehungsweise „Ausreise-Welle aus dem Kosovo“ zu lesen – der deutsche Botschafter vor Ort warnte vor 30.000 Kosovaren, die sich auf den Weg ins angebliche Sozialparadies Deutschland aufmachen wollen. Um von diesen „Massen nicht überannt zu werden“, spielten Gedanken wie öffentlichkeitswirksame Massenabschiebungen ein Rolle. Momentan ist die Situa-

tion noch zu aktuell, um sie richtig bewerten zu können.

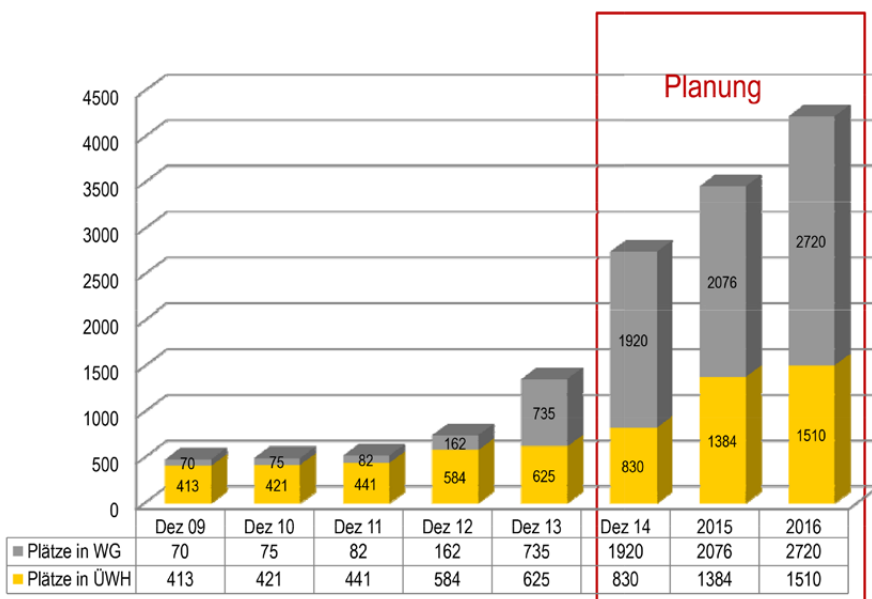
Doch egal, wie viel Wahrheit diesem Szenario zueigen ist: Fakt ist, dass Meldungen wie diese es sind, die Menschen in Deutschland an die Grenze ihrer Toleranzfähigkeit bringen. Deutschland als Zufluchtort für Kriegsflüchtlinge – zweifellose Zustimmung. Deutschland als Einwanderungsland, welches demografische Defizite mit ausländischen Fachkräften kompensieren muss – ebenso Zustimmung, schaut man sich so

manche ländliche Region an, wo zum Beispiel Fachärzte fehlen.

Doch für Asylbewerber, die aus rein wirtschaftlichen Gründen ihre Heimat verlassen und letztlich in Deutschland von den Sozialleistungen leben wollen, fehlt den Menschen das breite Verständnis – warum sollte es auch eines geben? Denn auch für den deutschen Staatsbürger, welcher gezielt als Empfänger von staatlichen Transferleistungen sein Leben bestreitet, ist die gesellschaftliche Unterstützung nur in wenigen Kreisen groß.

Nach diesem Zustandsbericht bleibt dennoch festzuhalten: die Stellschrauben werden nicht in der Kommunalpolitik gedreht. Wir vor Ort bekommen regelmäßig Asylbewerber zugewiesen, denen wir dann für die Dauer ihres Verfahrens eine menschenwürdige Unterkunft bieten wollen – das gebietet nicht nur unser Glaube, sondern auch der menschliche Anstand und Respekt vor einander.

Der jüngste Vorstoß des Beigeordneten für Soziales ist vor diesem Hintergrund interessant: Er schlägt vor, Dresden hinsichtlich der Koordination und Betreuung der Asylbewerber in fünf Regionen mit jeweils einem federführenden Träger in der Verant-



Entwicklung der Unterbringungskapazitäten für Asylbewerber in Dresden



wortung „aufzuteilen“. So ließen sich zum einen die vielen Hilfsangebote, welche seitens der Dresdner Bürgergesellschaft kommen, sinnvoll und strukturiert vernetzen. Zum anderen böten solch institutionalisierte Verantwortlichkeiten den Dresdnerinnen und Dresdnern und den Asylbewerbern einen direkten Ansprechpartner bzw. eine Vermittlungsstelle. Diese Idee, die freilich mit Personal und Kosten verbunden ist, findet grundsätzlich die Unterstützung der CDU-Fraktion und sollte jetzt diskutiert werden.

Zu begrüßen ist dabei, dass viele Verantwortliche in Verwaltung und Rat die bisherige Strategie überdenken und die Bürgerschaft nun besser informieren und einbeziehen wollen.

Ein kurzer Rückblick: Ende des vergangenen Jahres durchlief die Vorlage, wonach die Einrichtung von 14 Wohnheimen für Asylbewerber in der Stadt geplant wurde, die Gremien der Landeshauptstadt. Es waren die Ortsbeiräte und Ortschaftsräte, die sich viele Gedanken machten – kennen sie doch ihr unmittelbares Lebensumfeld oftmals besser als manch anderer.

Während an dieser Stelle nicht erneut die teils fachlichen Verfahrensmängel und andere Defizite thematisiert werden sol-

len, bleibt festzuhalten, dass sich Teile der Stadtverwaltung und das rot-rot-grüne Bündnis einer Diskussion im Grundsatz verweigerten. Voten der Ortsbeiräte und Ortschaftsräte, die alternative Objekte vorschlugen, wurden mit dem Schwarzweiß-Argument „Asyl ist ein Grundrecht – wer nicht dafür ist, ist automatisch rechts“ vom Tisch gewischt; politische Debattenkultur sieht anders aus.

Rot-Rot-Grün lehnte alle Änderungsanträge auf Basis der Ortsbeiräte ab – und drückte letztlich die Vorlage mit ihren 37 Stimmen bei 33 Gegenstimmen durch. Wie viel Wert das linke Bündnis wirklich auf basisdemokratische Beschlüsse der Vor-Ort-Gremien legt, hat es mit diesem Votum mehr als deutlich gezeigt.

Doch jetzt, einige Monate später, scheint sich etwas zu tun. Der nun eingeschlagene Weg mutet vielversprechend an, die großen Herausforderungen der Asylbewerberaufnahme mitsamt seinen dezentralen Unterbringungen und den Neubauten ganzer Wohnheime in der Stadt zu meistern. Das erste Wohnheim in Löbtau ist bereits fertig, ein Tag der Offenen Tür gewährte Einblicke und ließ so manches Vorurteil schwinden. Die kommenden Monate werden zur Bewährungsprobe für uns alle. Werden wir



Eindrücke aus dem Asylbewerberheim in Löbtau

uns den realen politischen Sachverhalten und Diskussionen stellen? Oder wird es weiterhin ideologiebegründet gescheut, notwendige Diskussionen zu führen? Wir sind gespannt. Wir brauchen eine offene und sachliche Kommunikationskultur. Nur die Auseinandersetzung mit den Ängsten und Sorgen unserer Mitmenschen führt uns zu Lösungen. Denn eines ist klar: Dresden geht nur miteinander.



## Gastkommentar

### Dietmar Haßler als Vorsitzender des Kleingartenbeirats wiedergewählt

Frank Hoffmann, 1. Vorsitzender des Stadtverbands „Dresdner Gartenfreunde“ e. V.

Das Jahr 2015 betrachtet jeder Gartenfreund aus seiner ganz persönlichen Perspektive. Vielleicht stehen familiäre oder berufliche Veränderungen an, manch einer freut sich auf ein Jubiläum, den Ruhestand, eine Reise oder...

Die Dresdner Kleingärtner werden im Juni den 25. Jahrestag der Gründung ihrer Dachorganisation Stadtverband „Dresdner Gar-

tenfreunde“ e. V. begehen. Natürlich soll dieses Jubiläum durch eine Festveranstaltung im Kreise derer gewürdigt werden, die sich um die Entwicklung des Verbandes und als Partner der Kleingärtner verdient gemacht haben. Gegründet in einer widersprüchlichen Zeit gesellschaftlichen Umbruchs, nahm der Stadtverband dank der Hartnäckigkeit und des großen Engagements seiner Protagonisten eine erfolgrei-

che Entwicklung. Die Kleingärtner von heute haben dieses Erbe angetreten. Sie haben gelernt, dass seit einem Vierteljahrhundert nunmehr auch in Sachsen geltende Bundeskleingartengesetz als Schutzgesetz zu be- greifen und im Interesse des langfristigen Erhalts und der Entwicklung des Kleingartenwesens umzusetzen. Generalpachtvertrag, Kleingartenbeirat, Kleingartenent- wicklungskonzept, Förderprogramm sowie

Flächenerwerb waren Meilensteine auf diesem Weg.

Die Ansprüche an Hartnäckigkeit und Engagement der heute ehrenamtlich tätigen Gartenfreunde sind nicht geringer geworden. Einerseits wächst unsere Heimatstadt. Damit verbunden sind Bauvorhaben, für die allerdings immer weniger freie Flächen verfügbar sind. Andererseits mussten zahlreiche Gartenfreunde erkennen, dass ihre Parzellen im Hochwasserfall gefährdet sind und nicht geschützt werden können. Daher geht sinnvoller Hochwasserschutz zum Teil einher mit der Aufgabe von Kleingärten.

Auch in Zukunft werden wir nicht zulassen, dass Kleingärten diversen wirtschaftlichen oder privaten Interessen geopfert werden oder Hochwasservorsorge zu Lasten von Kleingärtnern erfolgt. Immer kommt es auf eine Interessenabwägung und letztlich den Interessenausgleich an. Eines der Instrumente hierzu ist der Kleingartenbeirat, dem Stadträte und befähigte Bürger angehören. Der Beirat soll eben diese Interessen prüfen und abwägen.

Kürzlich wurde der langjährige Vorsitzende des Kleingartenbeirats, CDU-Stadtrat Dietmar Haßler, als Vorsitzender des Kleingartenbeirats wiedergewählt. Das einstimmige Ergebnis, welches demnach auch mit den Stimmen von Rot-Rot-Grün zusammenhängt, zeugt von großem Vertrauen, welches sich Herr Haßler in den letzten Jahren mit hervorragender Arbeit erworben hat.

Die gute Arbeit kann also hoffentlich erfolgreich fortgesetzt werden. Nachdem der ehemalige CDU-Stadtrat Dietmar Kretschmar die Gründung des Kleingartenbeirats 1995 maßgeblich initiiert hatte, ist seit der letzten Legislaturperiode mit Dietmar Haßler ein würdiger Nachfolger gefunden worden. Er selbst ist seit 1980 Besitzer eines Kleingartens und freut sich über die Wiederwahl: „Ohne die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit Frank Hoffmann, dem Vorsitzenden des Stadtverbandes ‚Dresdner Gartenfreunde‘ e.V. und Detlef Thiel, dem Leiter des Amtes für Stadtgrün und Abfallwirtschaft, wäre meine erfolgreiche Arbeit in den letzten fünf Jahren so nicht möglich gewesen. Inzwischen zählen wir zu den Besten in Deutschland.“

Denn in Dresden gibt es zur Zeit circa 53.000 Kleingärtner, die in 447 Kleingartenanlagen tätig sind und in 23.910 Parzellen arbeiten. Die derzeitige Auslastung beträgt in Dresden 99,6 Prozent – das ist deutschlandweit also Spitze!

Entgegen dem Trend haben wir in Dresden in vielen Kleingartenanlagen Wartelisten für Neubewerber und interessanterweise v.a. Anfragen von jungen Familien. „Für die neue Legislaturperiode möchte ich weiter für die Anerkennung der Arbeit der Kleingärtner werben. Dies war in der Vergangenheit nicht immer so. Wir brauchen inzwischen neue Flächen in der Nähe von Wohngebieten. Der ‚HANSA PARK‘ wird weiterhin gefördert, hochwasserbetroffene Kleingärtner sollen eine neue Perspektive



erhalten. Da der Flächennutzungsplan in dieser Wahlperiode entschieden wird, bitte ich auch um Vorschläge, wo neue Gärten entstehen könnten“, so Haßler.

Der Hochwasserschutz bleibt also auch zukünftig ein wichtiges Thema für die Kleingärtner. Es hatte bis zum September 2014 gedauert, bevor die Oberbürgermeisterin die Diskussion einer Vorlage auf den Weg gebracht hatte, in der Lösungsvorschläge zum Hochwasserschutz beraten werden. In dieser Vorlage werden die betroffenen Vereine und Parzellen definiert. Vorgesehen ist, dass es keine hochwasserbedingten Kündigungen geben wird, wohl aber die Bäumung freier Parzellen im Überflutungsgebiet eines zwanzigjährig drohenden Hochwassers (HQ 20). Es sind Entschädigungsregelungen bei Parzellenaufgabe sowie Anregungen zum Umgang mit den beräumten Flächen geplant. Natürlich gibt es Widerstand dagegen, weil sehr kurzfristige Angestellte die Kosten sparen wollen. Sie haben aber vergessen, wieviel teurer die Schadensbeseitigung ist. Daran darf sich auch ein Stadtkämmerer erinnern. Und anstatt in dieser Situation der Kleingartenbeirat tätig wird, hatte es der Stadtrat nach den Wahlen im Mai 2014 bis zum Dezember nicht geschafft, dessen Arbeitsfähigkeit herzustellen. Die Kosten verpasster Hochwasservorsorge zahlt am Ende die Gemeinschaft sowie jeder betroffene Gartenfreund.

U. a. darüber wird zu reden sein, wenn die Delegierten aller Kleingärtnervereine unseres Stadtverbandes am 14. März in der Messe im Ostragehege zum 25. Kleingärtnerntag zusammen kommen.



CDU-Stadtrat Dietmar Haßler (4.v.r.) wurde erneut zum Vorsitzenden des Kleingartenbeirats gewählt.





## Der Seniorenbeirat hat gewählt

### CDU-Stadtrat Klaus Rentsch ist erneut Vorsitzender

☑ Klaus-Dieter Rentsch, Vorsitzender des Seniorenbeirats  
E-Mail: rentsch@dresden-cdu.de

Unter der Leitung des Beigeordneten für Soziales, Herrn Bürgermeister Martin Seidel, wählten die Mitglieder des Seniorenbeirates der Landeshauptstadt Dresden am 12. Januar 2015 in ihrer konstituierenden Sitzung den CDU-Stadtrat Klaus-Dieter Rentsch zu seinem Vorsitzenden. Damit ist der alte auch der neue Vorsitzende. Sozialbürgermeister Seidel gratulierte dem neuen Vorsitzenden, wünschte viel Erfolg und bot seine weitere Hilfe und Unterstützung bei der verantwortungsvollen Arbeit an.

Mein Leitspruch lautet: „Es kommt nicht darauf an, wie alt wir werden, sondern wie wir alt werden.“ Diese Lebensweisheit hatte uns die Vorsitzende der Bundesarbeitsge-

meinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO), Frau Prof. Dr. Dr. h.c. Ursula Lehr, bereits im Jahr 2001 übermittelt – an Aktualität ist nichts verloren gegangen. Der Seniorenbeirat unserer Landeshauptstadt ist für die Legislaturperiode von 2014-2019 vom Stadtrat gewählt worden. Der neue Vorsitzende dankte für das sehr gute Wahlergebnis und das Vertrauen und hielt einen kurzen Rückblick über die vergangene Legislaturperiode.

Obwohl Dresden mittlerweile in schöner Regelmäßigkeit „Geburtenhauptstadt“ ist und viele junge Menschen zu uns ziehen, macht der demographische Wandel dennoch auch vor Dresden nicht halt. Die

Schwerpunkte für die kommenden Jahre werden also u.a. eine senioren- und behindertengerechte Stadtplanung sein, ebenso wie die angemessene Schaffung und Gestaltung von altersgerechtem Wohnraum.

Eine besondere Aufmerksamkeit des Seniorenbeirates gilt der Förderung und der öffentlichen Anerkennung der aktiven bürgerschaftlichen Mitarbeit. Die Freiwilligendienste und Selbsthilfestrukturen von Seniorinnen und Senioren müssen weiter ausgebaut werden. Die Schaffung von besseren Bedingungen für den Übergang älterer Arbeitnehmer in die nachberufliche Lebensphase müssen stärker thematisiert und letztlich verbessert werden.

Der Seniorenbeirat sieht darin eine sehr große Chance, die Kompetenz und Kreativität der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger in die Entscheidungsprozesse des bürgerschaftlichen Engagements einzubinden. Der Seniorenbeirat sieht eine gemeinsame Verantwortung im Zusammenwirken der Landeshauptstadt, mit allen anderen Trägern der freien sozialen Wohlfahrtspflege, Vereinen, Verbänden und Genossenschaften und den zahlreichen privaten Anbietern.

Ich bin fest davon überzeugt, die Kirchengemeinden, Nachbarschaftshilfen und die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden weiterhin Tag für Tag in Seniorenberatungsstellen- und Begegnungsstätten sowie in Gesundheits-, Bildungs-, Kultur- und Sporteinrichtungen ihr Bestes geben.



Der auch in der Senioren Union engagierte CDU-Stadtrat Klaus Rentsch (2.v.l.) ist neuer Vorsitzender des Seniorenbeirats.

#### Herausgeber:

CDU-Fraktion im  
Stadtrat Dresden  
Dr.-Külz-Ring 19  
01067 Dresden

Tel. 0351 4882257  
Fax 0351 4882972  
www.dresden-cdu.de  
cdu-fraktion@dresden.de



#### Redaktion (V.S.d.P.):

Jan Donhauser,  
Fraktionsvorsitzender  
Andreas Rönsch,  
Geschäftsführer  
Marcel Duparré,  
Fraktionsreferent

#### Fotos: Redaktion

**Satz und Gestaltung:**  
Z&Z Werbeagentur Dresden

**Druck:**  
Union Druckerei Dresden GmbH

Diese Veröffentlichung ist Bestandteil der Zeitschrift „DIE DRESDNER UNION“ und liegt als Sonderdruck im Rathaus und in den Verwaltungsstellen aus.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.